



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/214	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	
1/21446	Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung	+ 15,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Zuwendungen an den Fonds gemäß § 21b BPGG infolge Auszahlung von Förderungsmitteln für die 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen in privaten Haushalten sowie einer ansteigenden Anzahl der Bezieher (die Bezieher dieser Zuwendung sind von 8.600 im Jahr 2010 auf rund 11.200 im Jahr 2011 angestiegen).	+ 15,00 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 15.000.000,- EUR; BMF-112913/0160-II/5/2011 v. 30.9.2011	
1/217	Einrichtungen der Kriegsofoper- und Heeresversorgung	
1/21767	Versorgungsgebühren	- 6,77 Mill. EUR
	Minderausgaben in der Kriegsofoperversorgung für Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (- 2,97 Mill. EUR), Beschädigte (- 0,51 Mill. EUR) und Waisen (- 0,17 Mill. EUR) infolge stärkeren Rückgangs der Anzahl der Versorgungsberechtigten als angenommen (der Rückgang bei der Anzahl der Beschädigten betrug im Jahr 2010 noch 9,7 % und ist auf 10,3 % im Jahr 2011 angestiegen), sowie bei den Leistungen nach dem BPGG (- 1,22 Mill. EUR).	- 4,86 Mill. EUR
	Minderausgaben in der Heeresversorgung für Rentengebühren für Beschädigte infolge eines leichten Rückgangs der Heeresbeschädigten (Rückgang 2011: - 0,3 %).	- 1,77 Mill. EUR
<b>2/21</b>	<b>Soziales und Konsumentenschutz</b>	
2/213	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	
2/2134	Pflegevorsorge (Kostenersatz)	
2/21344	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 7,88 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Rückersätzen der SV-Träger infolge Guthaben aus Jahresabrechnungen von 2009.	+ 7,88 Mill. EUR

TZ 3

**Untergliederung 22: Sozialversicherung****Ausgaben**

In der Untergliederung 22 betragen die Ausgaben 9.113,77 Mill. EUR und somit 13,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 9.610,70 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 496,93 Mill. EUR (- 5,2 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt durch eine höhere Anzahl an Versicherten sowie die bessere Beitragsgrundlagenentwicklung und Ersatzzeitenfinanzierung (- 550,00 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben bei der Partnerleistung für die SVA der gewerblichen Wirtschaft waren auf die zu hoch angesetzte Partnerleistung des Bundes zurückzuführen (- 38,80 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen den Bundesbeitrag für die SVA der **gewerblichen Wirtschaft** infolge der Begleichung des Abrechnungsrestes 2010 (+ 82,92 Mill. EUR).

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 508,21 Mill. EUR und somit 0,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 21,00 Mill. EUR wurden 487,21 Mill. EUR (+ 2.319,7 %) mehr eingenommen.

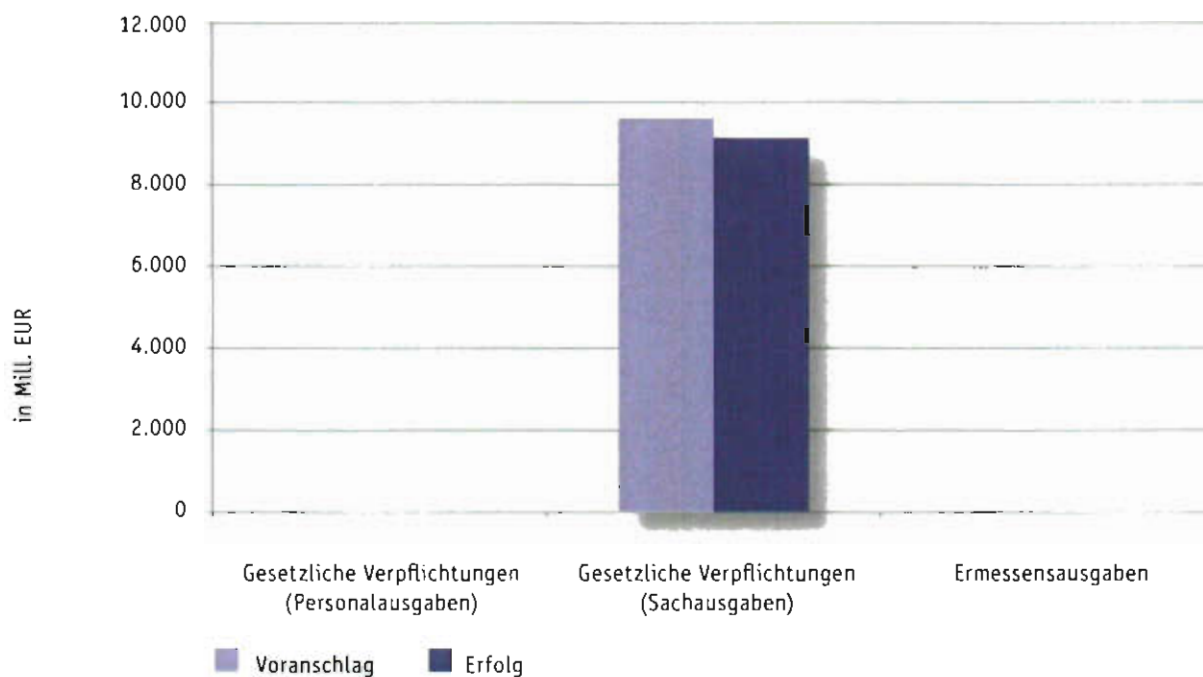
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich durch den Rückersatz von im Jahr 2010 geleisteten Vorschüssen des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung (+ 491,72 Mill. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz, da die Budgetvorgaben des BMF nicht eingehalten werden konnten (- 6,16 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 22	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
<b>Sachausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)</b>	<b>9.610,70</b>	<b>9.113,77</b>	<b>- 496,93</b>	<b>- 5,2</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>13,7</b>	<b>13,4</b>		

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
22	Sozialversicherung	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
220	BM; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag) (variabel)	8.568,37	8.071,51	- 496,87	- 5,8
221	BM; Ausgleichszulagen (variabel)	997,67	997,67	0,00	+ 0,0
225	BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsges. (NSchG) (variabel)	44,66	44,60	- 0,06	- 0,1
226	BM; Sonstige Leistungen zur Pensionsversicherung (variabel)	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>9.610,70</b>	<b>9.113,77</b>	<b>- 496,93</b>	<b>- 5,2</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
220	BM; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	0,00	491,72	+ 491,72	+ 49.172.131,8
221	BM; Ausgleichszulagen	0,00	0,88	+ 0,88	+ 87.934,3
224	Bundesministerium; Sonst. Leistungen zur Sozialversicherung	0,00	0,77	+ 0,77	+ 76.872,2
225	BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)	21,00	14,84	- 6,16	- 29,3
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>21,00</b>	<b>508,21</b>	<b>+ 487,21</b>	<b>+ 2.319,7</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 9.589,70</b>	<b>- 8.605,56</b>	<b>+ 984,13</b>	<b>- 10,3</b>

TZ 3

**1/22 Sozialversicherung**

1/220 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag) (variabel)

1/22017 Pensionsversicherungsanstalt; Bundesbeitrag - 550,00 Mill. EUR

Bei Erstellung des BVA 2011 wurde von Aufwendungen in Höhe von 27.638,50 Mill. EUR und Erträgen in Höhe von 22.326,88 Mill. EUR der Pensionsversicherungsanstalt ausgegangen. Der veranschlagte Bundesbeitrag betrug somit 5.311,62 Mill. EUR.

Die tatsächlichen Aufwendungen betrugen 27.655,27 Mill. EUR (+ 16,77 Mill. EUR), die Erträge 22.893,65 Mill. EUR (+ 566,77 Mill. EUR). Der tatsächlich gezahlte Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt im Jahr 2011 betrug somit 4.761,62 Mill. EUR (- 550,00 Mill. EUR).

Die Minderausgaben sind insbesondere auf eine deutlich bessere Entwicklung bei der Anzahl der Versicherten, der Beitragsgrundlage und der Ersatzzeitenfinanzierung zurückzuführen. Bei Budgeterstellung wurden 2.979.000 Versicherte, eine durchschnittliche Beitragsgrundlage von 2.489,70 EUR und bei der Ersatzzeitenfinanzierung durch das Arbeitsmarktservice Beiträge in der Höhe von rd. 850,00 Mill. EUR angenommen. Für die Zahlungen des Bundesbeitrages wurden 3.013.900 Versicherte, eine durchschnittliche Beitragsgrundlage von 2.504,30 EUR und Beiträge durch das Arbeitsmarktservice von 975,00 Mill. EUR herangezogen.

- 550,00 Mill. EUR

1/22057 SVA der gewerblichen Wirtschaft; Partnerleistung

- 38,80 Mill. EUR

In den Jahren 2008 und 2009 wurde von der SVA der gewerblichen Wirtschaft im Rechnungsabschluss die Partnerleistung des Bundes zu hoch und gegengleich die Ausfallhaftung des Bundes zu gering ausgewiesen. Dieser Fehler wurde im Mai 2011 im Rechnungsabschluss 2010 korrigiert. Die Berechnungsgrundlagen des BVA 2011 stammen aber aus dem Dezember 2010 und konnten daher diese Korrektur noch nicht berücksichtigen.

- 38,80 Mill. EUR

1/22067 SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag

+ 82,92 Mill. EUR

Die Mehrausgaben sind auf die Begleichung des Abrechnungsrestes 2010 zurückzuführen.

+ 82,92 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

82.924.000,- EUR; BMF-112913/0181-II/5/2011 v. 20.10.2011





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/22087	SVA der Bauern; Bundesbeitrag	+ 9,01 Mill. EUR
	Die Mehrausgaben sind auf die Begleichung des Abrechnungsrestes 2010 zurückzuführen.	+ 9,01 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 9.008.000,- EUR; BMF-112913/0181-11/5/2011 v. 20.10.2011	
<b>2/22 Sozialversicherung</b>		
2/220	Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	
2/22004	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 491,72 Mill. EUR
	Die Mehreinnahmen sind auf den Rückersatz von im Jahr 2010 geleisteten Vorschüssen zurückzuführen.	+ 491,72 Mill. EUR
2/225	Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)	
2/22504	Erfolgswirksame Einnahmen	- 6,16 Mill. EUR
	Die Mindereinnahmen sind auf die Budgetvorgaben des Bundesministeriums für Finanzen zurückzuführen. Für den Bundesvoranschlag wurden 16,00 Mill. EUR an das BMF gemeldet. Die Vorgabe des BMF in Höhe von 21,00 Mill. EUR konnte jedoch nicht eingehalten werden.	- 6,16 Mill. EUR

TZ 3

**Untergliederung 23: Pensionen****Ausgaben**

In der Untergliederung 23 betrug die Ausgaben 8.007,56 Mill. EUR und somit 11,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8.043,46 Mill. EUR wurden 35,90 Mill. EUR (- 0,4 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 15,53 Mill. EUR (- 0,4 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 20,38 Mill. EUR (- 0,4 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Pflegegeld (- 26,54 Mill. EUR) und Pensionsleistungen (- 25,78 Mill. EUR) der Bediensteten der ÖBB entstanden durch vorsichtige Budgetierung und eine geringere Anzahl an Neupensionierungen. Minderausgaben für Pensionen und Pflegegeld der Ämter gemäß Poststrukturgesetz resultierten aus einem Rückgang der Anspruchsberechtigten (insgesamt - 18,43 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Ersätze für Pensionen der Landeslehrer (+ 50,31 Mill. EUR) entstanden durch eine höhere Anzahl von Pensionsbeziehern und höhere Neuzugangspensionen.

**Einnahmen**

Die Einnahmen betrug 1.485,87 Mill. EUR und somit 2,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.553,80 Mill. EUR wurden 67,93 Mill. EUR (- 4,4 %) weniger eingenommen.

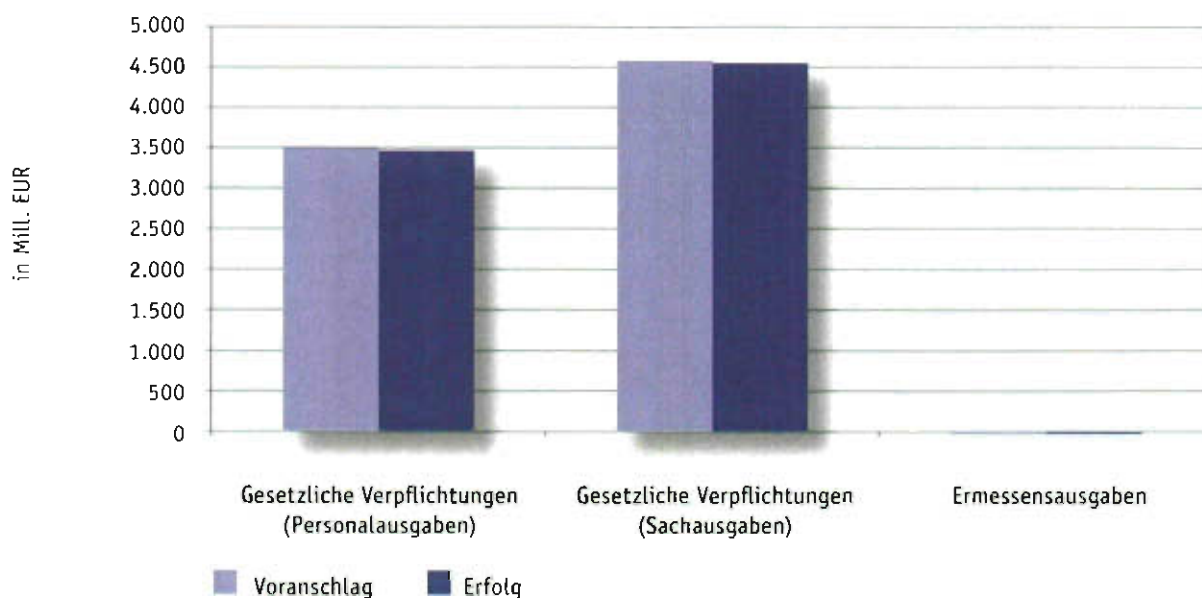
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Rücküberweisung der von der PVA im Jahr 2009 irrtümlich zu viel überwiesenen Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten (- 31,06 Mill. EUR) sowie bei den Pensionsbeiträgen der Bundesbediensteten durch eine geringere Anzahl an aktiven Beamten (- 29,73 Mill. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag beim Deckungsbeitrag der ÖBB infolge höherer Durchschnittspensionen sowie einer höheren Anzahl an aktiven Beamten (insgesamt + 7,12 Mill. EUR).

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 23	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	3.474,64	3.459,11	- 15,53	- 0,4
Sachausgaben	4.568,82	4.548,44	- 20,38	- 0,4
Gesetzliche Verpflichtungen	4.568,45	4.548,09	- 20,37	- 0,4
Ermessensausgaben	0,37	0,36	- 0,01	- 2,9
<b>Summe</b>	<b>8.043,46</b>	<b>8.007,56</b>	<b>- 35,90</b>	<b>- 0,4</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>11,5</b>	<b>11,8</b>		





TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
23	Pensionen	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
230	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	3.431,14	3.418,26	- 12,88	- 0,4
231	Ersätze an Länder	1.151,65	1.201,96	+ 50,31	+ 4,4
232	Sonstige Bedienstete (ausgegl. Institutionen)	94,53	92,28	- 2,25	- 2,4
233	Pensionsvorschüsse (Ruhebezugsvorschüsse)	0,04	0,03	- 0,01	- 19,4
234	Geldaushilfen	0,03	0,01	- 0,02	- 76,4
235	Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)	3.365,21	3.294,20	- 71,01	- 2,1
238	Sonstige Aufwendungen	0,33	0,33	- 0,00	- 0,9
239	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,53	0,50	- 0,03	- 6,3
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>8.043,46</b>	<b>8.007,56</b>	<b>- 35,90</b>	<b>- 0,4</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
230	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	115,32	103,48	- 11,83	- 10,3
231	Ersätze von Ländern	42,30	42,99	+ 0,69	+ 1,6
232	Sonstige Bedienstete	6,55	8,60	+ 2,05	+ 31,3
233	Pensionsvorschussersätze (Ruhebezugsvorschüsse)	0,02	0,02	- 0,00	- 11,9
235	Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)	591,01	589,11	- 1,90	- 0,3
236	Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	798,07	772,20	- 25,87	- 3,2
237	Ersatzzeitenabgeltung	0,01	- 31,05	- 31,06	- 517.595,0
239	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,53	0,52	- 0,01	- 1,9
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>1.553,80</b>	<b>1.485,87</b>	<b>- 67,93</b>	<b>- 4,4</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 6.489,66</b>	<b>- 6.521,68</b>	<b>- 32,02</b>	<b>+ 0,5</b>





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### 1/23 Pensionen

#### 1/230 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

1/23000 Ruhebezüge - 8,11 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Ruhebezügen infolge einer geringeren Anzahl an Ruhebezugsempfängern als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Bei der Budgeterstellung für 2011 wurde mit einer Erhöhung des Bestandes an Ruhebezugsempfängern um rd. 1.500 gerechnet, tatsächlich erhöhte sich der Stand aber nur um 1.277 Personen.

- 8,11 Mill. EUR

1/23030 Dienstgeberbeiträge zur KV der RuhestandsbeamtInnen - 6,78 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Dienstgeberbeiträgen für Ruhe- und Versorgungsbezugsempfänger infolge einer geringeren Anzahl an Anspruchsberechtigten als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde.

- 6,77 Mill. EUR

#### 1/231 Ersätze an Länder

1/23107 Ersätze für Pensionen der Landeslehrer + 50,31 Mill. EUR

Mehrausgaben bei den Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer:

- Wien:	+ 7,60 Mill. EUR
- Burgenland:	+ 2,60 Mill. EUR
- Salzburg:	+ 5,99 Mill. EUR
- Steiermark:	+ 15,06 Mill. EUR
- Kärnten:	+ 8,57 Mill. EUR
- Tirol:	+ 14,00 Mill. EUR
- Vorarlberg:	+ 1,34 Mill. EUR

infolge einer höheren Anzahl an Ruhe- und Versorgungsbezieherinnen und höheren Neuzugangspensionen als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Bei der Budgeterstellung für 2011 wurde mit einem Zuwachs der Ruhe- und Versorgungsbezieher von rd. 680 Personen gerechnet, tatsächlich waren es 1.979.

+ 50,31 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

51.000.000,- EUR; BMF-112913/0260-II/5/2011 v. 23.12.2011

## TZ 3

1/235	<b>Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)</b>	
1/2350	<b>Österreichische Bundesbahnen</b>	
1/23507	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 52,16 Mill. EUR
	Minderausgaben für Pflegegeld, da zum Zeitpunkt der Budgetierung noch Unsicherheiten hinsichtlich der endgültigen gesetzlichen Regelung des Selbstbehaltes der ÖBB für das Pflegegeld bestanden und deshalb sicherheitshalber höher budgetiert wurde.	- 26,54 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Pensionen (14,26 Mill. EUR) sowie bei den Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträgen (11,52 Mill. EUR) der ÖBB infolge einer geringeren Anzahl an Neupensionierungen als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Bei der Budgeterstellung für 2011 wurde davon ausgegangen, dass sich der Stand der Ruhegenussbezieher um rund 700 Bezieher erhöhen wird. Tatsächlich verringerte sich die Anzahl der Ruhegenussbezieher um rund 400 Bezieher.	- 25,78 Mill. EUR
1/2351	<b>Ämter gemäß Poststrukturgesetz</b>	
1/23517	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 18,43 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Pensionen infolge eines höheren Rückganges an Pensionsempfängern und einer geringeren Durchschnittspension bei den Neuzugängen, als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde.	- 12,20 Mill. EUR
	Minderausgaben beim Pflegegeld infolge eines Rückganges an Pflegegeldbeziehern insgesamt und einer geringeren Anzahl an Anspruchsberechtigten, als bei Erstellung des Voranschlages angenommen wurde.	- 4,55 Mill. EUR
<b>2/23</b>	<b>Pensionen</b>	
2/230	<b>Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes</b>	
2/23006	Deckungsbeitrag von Unternehmungen mit Bundesbediensteten	- 11,68 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den laufenden Transfers von Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (- 8,96 Mill. EUR) und bei den Beiträgen der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (- 2,22 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anzahl von aktiven Beamten, für die ein Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes zu leisten war.	- 11,17 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/235	Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)	
2/2350	Österreichische Bundesbahnen	
2/23504	Deckungsbeitrag der Österreichischen Bundesbahnen	+ 7,12 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag der ÖBB infolge höherer Durchschnittspensionen.	+ 5,22 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen infolge einer höheren Anzahl an aktiven Beamten bei den ÖBB.	+ 2,11 Mill. EUR
2/2351	Ämter gemäß Poststrukturgesetz	
2/23514	Deckungsbeitrag der Ämter gemäß Poststrukturgesetz	- 8,93 Mill. EUR
	Mindereinnahmen beim Beitrag der Österreichische Post Aktiengesellschaft und der A1 Telekom Austria Aktiengesellschaft infolge einer geringeren Anzahl an aktiven Beamten, für die ein Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes zu leisten war.	- 8,93 Mill. EUR
2/23604	Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	- 27,27 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den Pensionsbeiträgen infolge einer niedrigeren Anzahl an aktiven Beamten, die Pensionsbeiträge leisteten.	- 29,73 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Besonderen Pensionsbeiträgen (Hoheitsverwaltung) insbesondere durch den Nachkauf von Zeiten im Zusammenhang mit der Hacklerregelung.	+ 3,09 Mill. EUR
2/23704	Ersatzzeitenabgeltung	- 31,06 Mill. EUR
	Bei diesem VA-Ansatz erfolgte die Rücküberweisung der von der PVA im Jahr 2009 irrtümlich zu viel überwiesenen Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten.	
	Die im Jahr 2009 durch die irrtümliche Zahlung zu hoch gebildete Einnahmen-Rücklage wurde in diesem Umfang durch das BMF reduziert.	- 31,06 Mill. EUR



TZ 3

**Untergliederung 24: Gesundheit****Ausgaben**

In der Untergliederung 24 betragen die Ausgaben 904,30 Mill. EUR und somit 1,3 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 868,23 Mill. EUR wurden 36,06 Mill. EUR (+ 4,2 %) mehr ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 1,57 Mill. EUR (- 4,1 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 37,63 Mill. EUR (+ 4,5 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, wonach der Fonds in den Jahren 2011 bis 2015 mit jeweils 40 Mill. EUR zu dotieren ist (+ 40,00 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben für Zweckzuschüsse nach dem Kranken- und Kuranstaltengesetz analog des gestiegenen Abgabenaufkommens (+ 7,71 Mill. EUR).

**Einnahmen**

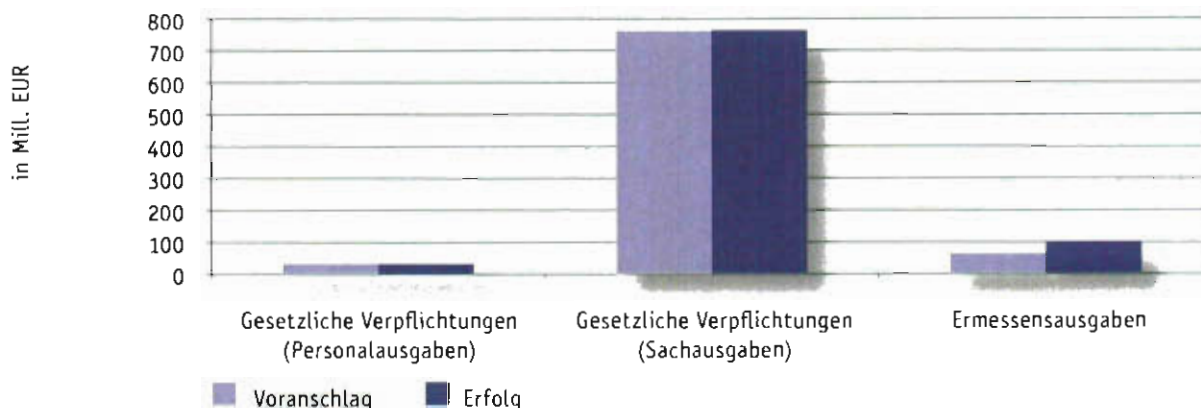
Die Einnahmen betragen 88,26 Mill. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 43,82 Mill. EUR wurden 44,44 Mill. EUR (+ 101,4 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden i.Z.m. der Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, wonach der Fonds in den Jahren 2011 bis 2015 mit jeweils 40 Mill. EUR zu dotieren ist (+ 40,00 Mill. EUR).

**Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:**

<b>Untergliederung 24</b>	<b>Voranschlag</b>	<b>Erfolg</b>	<b>Abweichung</b>	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	38,64	37,07	- 1,57	- 4,1
Sachausgaben	829,59	867,22	+ 37,63	+ 4,5
Gesetzliche Verpflichtungen	759,15	760,94	+ 1,79	+ 0,2
Ermessensausgaben	70,44	106,28	+ 35,84	+ 50,9
<b>Summe</b>	<b>868,23</b>	<b>904,30</b>	<b>+ 36,06</b>	<b>+ 4,2</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>1,2</b>	<b>1,3</b>		

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
24	Gesundheit	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
240	Bundesministerium für Gesundheit	60,21	54,24	- 5,97	- 9,9
241	Beteiligungen, Abgeltungen	47,63	50,38	+ 2,75	+ 5,8
242	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	63,67	64,45	+ 0,78	+ 1,2
243	Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.	10,50	6,44	- 4,06	- 38,7
244	Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten	620,11	623,56	+ 3,45	+ 0,6
245	Leist. z. Krankenvers. u. sonst. Leistungen zur Sozialvers.	64,95	64,23	- 0,72	- 1,1
246	Krankenkassen-Strukturfonds	0,00	40,00	+ 40,00	+ 3.999.900,0
249	Dienststellen	1,16	1,00	- 0,17	- 14,3
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>868,23</b>	<b>904,30</b>	<b>+ 36,06</b>	<b>+ 4,2</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
240	Bundesministerium für Gesundheit	1,26	1,00	- 0,26	- 20,4
241	Ges. Österr. GmbH/Fonds Gesundes Österr. (zweckgeb. Geb.)	7,25	7,25	0,00	+ 0,0
242	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	34,56	36,08	+ 1,52	+ 4,4
243	Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.	0,53	3,76	+ 3,23	+ 612,5
244	Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten	0,02	0,03	+ 0,01	+ 78,5
246	Krankenkassen-Strukturfonds	0,00	40,00	+ 40,00	+ 3.999.900,0
249	Dienststellen	0,21	0,13	- 0,07	- 35,6
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>43,82</b>	<b>88,26</b>	<b>+ 44,44</b>	<b>+ 101,4</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 824,41</b>	<b>- 816,04</b>	<b>+ 8,38</b>	<b>- 1,0</b>

TZ 3

**1/24      Gesundheit**

1/244      Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

1/24477    Zweckzuschüsse Kranken- und Kuranstaltengesetz (variabel)      + 7,71 Mill. EUR

Die Bemessungsgrundlage der gemäß § 57 Abs. 2 KAKuG, BGBl. Nr. 1/1957 i.d.g.F., an die Bundesgesundheitsagentur geleisteten Zweckzuschüsse ist das Abgabenaufkommen. Die Mehrausgabe ergibt sich aus dem, im Vergleich zur Prognose zum Zeitpunkt der Erstellung des BFG 2011, gestiegenen Abgabenaufkommen.

+ 7,71 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

7.707.869,- EUR; BMF-112913/0227-II/5/2011 v. 05.12.2011

1/24638    Krankenkassen-Strukturfonds      + 40,00 Mill. EUR

Gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, BGBl. I Nr. 52/2009 i.d.g.F., ist der Fonds in den Jahren 2011 bis 2015 jeweils mit 40 Millionen Euro zu dotieren. Zur Vermeidung einer Budgetverlängerung wurde der Ansatz nur mit 1.000,- EUR dotiert. Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 3 lit. h des Bundesfinanzgesetzes 2011 ermächtigt, die Zustimmung zur Überschreitung des VA-Ansatzes 1/24638 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 2/24634 zu geben.

+ 40,00 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

39.999.000,- EUR; BMF-112913/0006-II/5/2011 v. 07.02.2011

**2/24      Gesundheit**

2/244      Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

2/24634    Krankenkassen-Strukturfonds      + 40,00 Mill. EUR

Gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, BGBl. I Nr. 52/2009 i.d.g.F., ist der Fonds in den Jahren 2011 bis 2015 jeweils mit 40 Millionen Euro zu dotieren. Zur Vermeidung einer Budgetverlängerung wurde der Ansatz nur mit 1.000,- EUR dotiert. Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß Art. VI Abs. 1 Z. 3 lit. h des Bundesfinanzgesetzes 2011 ermächtigt, die Zustimmung zur Überschreitung des VA-Ansatzes 1/24638 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 2/24634 zu geben.

+ 40,00 Mill. EUR





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### Untergliederung 25: Familie und Jugend

#### Ausgaben

In der Untergliederung 25 betrugen die Ausgaben 6.293,91 Mill. EUR und somit 9,3 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6.335,20 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 41,29 Mill. EUR (- 0,7 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Familienbeihilfen entstanden durch geringere Inanspruchnahme und durch den Rückersatz von ausbezahlten Familienbeihilfen für die Jahre 2000 bis 2005 durch die Stadt Wien (insgesamt - 86,90 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben für Schülerfreifahrten durch eine geringere Anhebung der Fahrpreise (- 30,03 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus der vermehrten Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsgeld (insgesamt + 55,02 Mill. EUR) und aus Nachzahlungen aus der Abrechnung der Krankenversicherungsträger für das Jahr 2010 für den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (insgesamt + 34,00 Mill. EUR).

#### Einnahmen

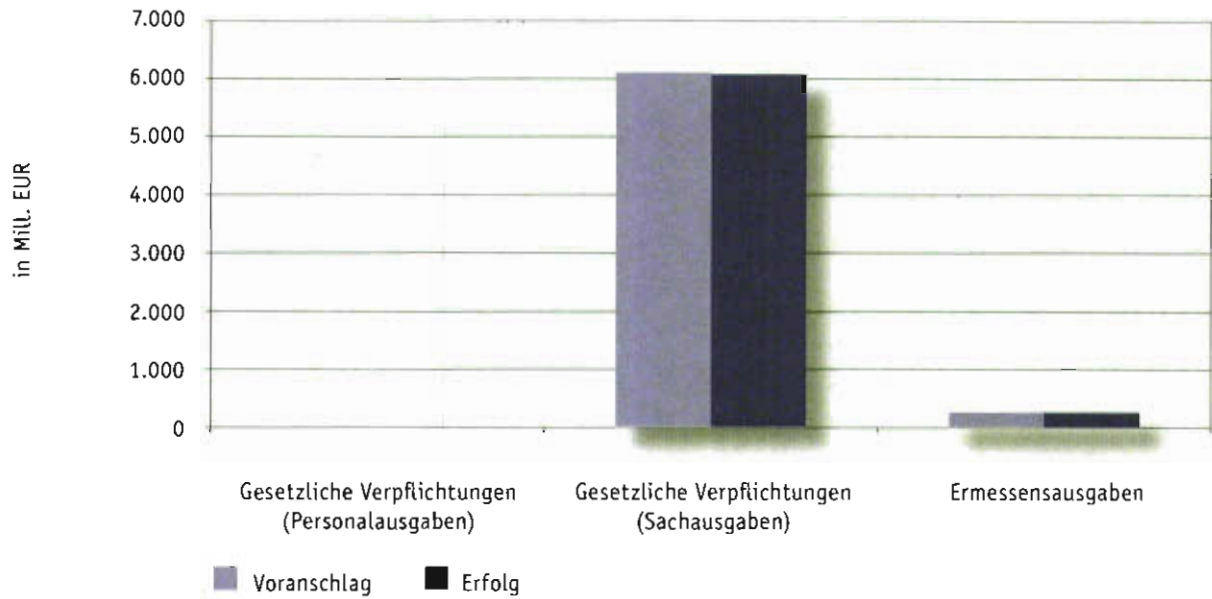
Die Einnahmen betrugen 6.085,08 Mill. EUR und somit 9,6 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5.946,40 Mill. EUR wurden 138,68 Mill. EUR (+ 2,3 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Dienstgeberbeiträgen resultierten aus einem höheren Bruttolohnaufkommen (+ 102,08 Mill. EUR). Mehreinnahmen im Zusammenhang mit dem Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer entsprachen dem gestiegenen Abgabenaufkommen (+ 22,38 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 25	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben	6.335,20	6.293,91	- 41,29	- 0,7
Gesetzliche Verpflichtungen	6.103,59	6.060,59	- 43,00	- 0,7
Ermessensausgaben	231,60	233,32	+ 1,72	+ 0,7
<b>Summe</b>	<b>6.335,20</b>	<b>6.293,91</b>	<b>- 41,29</b>	<b>- 0,7</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>9,0</b>	<b>9,3</b>		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
25	Familie und Jugend	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
251	Familienpolitische Maßnahmen	76,71	72,52	- 4,18	- 5,5
253	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	6.249,09	6.213,13	- 35,97	- 0,6
254	Jugend	9,40	8,26	- 1,14	- 12,1
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>6.335,20</b>	<b>6.293,91</b>	<b>- 41,29</b>	<b>- 0,7</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
251	Familienpolitische Maßnahmen	0,00	0,00	- 0,00	- 96,5
253	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.)	5.946,39	6.085,08	+ 138,69	+ 2,3
254	Jugend	0,00	0,00	- 0,00	- 56,7
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>5.946,40</b>	<b>6.085,08</b>	<b>+ 138,68</b>	<b>+ 2,3</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 388,80</b>	<b>- 208,83</b>	<b>+ 179,97</b>	<b>- 46,3</b>



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### 1/25 Familie und Jugend

#### 1/253 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Der Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) war mit 128,05 Mill. EUR aufgrund niedrigerer Ausgaben (Erfolg: 6,21 Mrd. EUR; Voranschlag: 6,25 Mrd. EUR) und höherer Einnahmen (Erfolg: 6,09 Mrd. EUR; Voranschlag: 5,95 Mrd. EUR) um 174,65 Mill. EUR geringer als veranschlagt (302,71 Mill. EUR).

Da die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft waren und dieser Ende 2010 Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund in Höhe von 3,70 Mrd. EUR aufwies, war gemäß § 40 Abs. 7 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 der Abgang aus der Gebarung des FLAF vorzuschussweise aus allgemeinen Bundesmitteln abzudecken. Die Ausgaben für die Abgangsdeckung werden gemäß § 17 Abs. 5a BHG beim VA-Ansatz 1/25317 bei den Aufwendungen für das Kinderbetreuungsgeld (KBG) mitveranschlagt und -verrechnet.

1/25307 Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung) - 86,90 Mill. EUR

Minderausgaben wegen Rückersatz von ausbezahlter Familienbeihilfe durch die Stadt Wien. Entsprechend einer Berufungsentscheidung des Unabhängigen Finanzsenats ist diese aufgrund ihrer Selbstträgerschaft zum Ersatz der in den Jahren 2000 bis 2005 von den Wohnsitzfinanzämtern für Dienstnehmer der Stadt Wien ausbezahlten Familienbeihilfen verpflichtet.

- 53,01 Mill. EUR

Weitere Minderausgaben sind auf die geringere Inanspruchnahme der Familienbeihilfe gegenüber der Veranschlagung zurückzuführen. Bei der Budgetierung wurden rund 1,768 Mill. Kinder (Monatsstichtag) angenommen, tatsächlich waren es rund 20.000 weniger.

- 33,89 Mill. EUR



TZ 3

1/2531	Kinderbetreuungsgeld (inklusive Zuschuss, Krankenversicherungsbeitrag), Beitrag zur betrieblichen Mitarbeitervorsorge	
1/25317	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 55,02 Mill. EUR
	<p>Mehrausgaben wegen vermehrter Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsgeldes aufgrund der Änderungen des Kinderbetreuungsgeldgesetzes (KBGG), BGBl. I Nr. 116/2009, als bei der Veranschlagung angenommen.</p> <p>Da die Abgangsdeckung des Bundes für den FLAF unter diesem VA-Ansatz mitveranschlagt und –verrechnet wird, setzt sich die VA-Abweichung zusammen aus:</p> <p>Mehrausgaben durch höhere Überweisungen an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse für die Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes,</p> <p>Mehrausgaben durch höhere Überweisungen für Krankenversicherung und</p> <p>Minderausgaben für die Abgangsdeckung des FLAF, um die der Bund gegenüber dem Reservefonds weniger in Vorlage trat als bei der Veranschlagung angenommen.</p> <p>Überschreibungsbewilligung: 57.000.000,- EUR; BMF-112913/0298-II/9/2011 v. 20.12.2011</p>	<p>+ 222,35 Mill. EUR</p> <p>+ 7,92 Mill. EUR</p> <p>- 174,65 Mill. EUR</p>
1/2533	Schülerfreifahrten (zweckgebundene Gebarung)	
1/25337	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 33,15 Mill. EUR
	<p>Minderausgaben für Schülerfreifahrten im Linienverkehr wegen niedrigerer Fahrpreisvalorisierung als bei der Veranschlagung angenommen. Die Preise wurden aufgrund des Verbraucherpreisindex (VPI) um 1,6 % statt wie erwartet um 3,0 % angehoben. Weiters sind in einigen Bundesländern die Abrechnungen der Schülerfreifahrten seit mehreren Jahren im Rückstand.</p> <p>Minderausgaben für Schülerfreifahrten im Gelegenheitsverkehr wegen der Umgestaltung der Abgeltungsbedingungen für einzelne Beförderungstrecken und strafferer Umsetzung der Durchführungsrichtlinien für den Gelegenheitsverkehr.</p>	<p>- 30,03 Mill. EUR</p> <p>- 3,25 Mill. EUR</p>



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/2534	Schulbücher (zweckgebundene Gebarung)	
1/25347	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 9,00 Mill. EUR
	Minderausgaben im Zusammenhang mit der Einlösung der Schulbuchgutscheine aufgrund Nichtausschöpfung der Schulbuchlimits durch die Schulen.	- 11,13 Mill. EUR
	Mehrausgaben für den Ersatz der Anschaffungskosten für Schulbücher durch die Finanzämter.	+ 2,13 Mill. EUR
1/2538	Sonstige familienpolitische Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)	
1/25387	Sonstige Maßnahmen	+ 34,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben für den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld aufgrund von Nachzahlungen aus der Abrechnung der Krankenversicherungsträger für das Jahr 2010.	+ 38,45 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Pensionsbeiträgen für Kindererziehungszeiten wegen geringerer Inanspruchnahme.	- 3,38 Mill. EUR
	Überschreitungsbeilligung: 35.900.000,- EUR; BMF-112913/0298-II/9/2011 v. 20.12.2011	
1/25389	Unterhaltsvorschüsse	+ 7,62 Mill. EUR
	Bei der Budgetierung wurde von rund 44.000 Fällen, in denen Unterhaltsvorschüsse gewährt wurden, ausgegangen. Tatsächlich war die Anzahl der Fälle mit rund 46.000 um rund 2.000 höher als bei der Veranschlagung angenommen.	+ 7,62 Mill. EUR
	Überschreitungsbeilligung: 9.000.000,- EUR; BMF-112913/0280-II/9/2011 v. 16.12.2011	
<b>2/25</b>	<b>Familie und Jugend</b>	
2/253	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)	
2/25300	Dienstgeberbeiträge	+ 102,08 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund eines höheren Bruttolohnaufkommens als bei der Veranschlagung angenommen.	+ 102,08 Mill. EUR
2/25310	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	+ 22,38 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund eines höheren Abgabenaufkommens als bei der Veranschlagung angenommen.	+ 22,38 Mill. EUR
2/25382	Unterhaltsvorschüsse	+ 14,30 Mill. EUR
	Mehreinnahmen wegen der erfolgreichereren Hereinbringung von Unterhaltsvorschüssen als bei der Veranschlagung angenommen.	+ 14,30 Mill. EUR

TZ 3

**Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur**

Untergliederungen 30 bis 34

**Ausgaben**

Die Ausgaben betragen 11.936,17 Mill. EUR und somit 17,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 11.950,50 Mill. EUR wurden 14,33 Mill. EUR (- 0,1 %) weniger ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 56,20 Mill. EUR (+ 2,0 %) und bei den Sachausgaben ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 70,54 Mill. EUR (- 0,8 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden in UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ durch die restriktive Zuweisung der zur Finanzierung der Universitäten zur Verfügung stehenden Mittel (- 107,93 Mill. EUR).

In der UG 30 „Unterricht, Kunst und Kultur“ wurden bereits bei der Budgetierung Rücklagenentnahmen zur Abdeckung von Mehrausgaben, insbesondere für den Endausbau der Maßnahmen Senkung der KlassenschülerInnen-Höchstzahl auf den Richtwert 25, sowie die Ausweitung der Sprachförderkurse und der Tagesbetreuung an den Allgemein bildenden Pflichtschulen (+ 94,07 Mill. EUR), einkalkuliert.

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 105,21 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 98,16 Mill. EUR wurden 7,06 Mill. EUR (+ 7,2 %) mehr eingenommen.

Tabelle 70: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 3

Rubrik 3	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	2.862,50	2.918,70	+ 56,20	+ 2,0
Sachausgaben	9.088,00	9.017,46	- 70,54	- 0,8
Gesetzliche Verpflichtungen	4.051,28	4.140,01	+ 88,72	+ 2,2
Ermessensausgaben	5.036,72	4.877,46	- 159,26	- 3,2
<b>Summe</b>	<b>11.950,50</b>	<b>11.936,17</b>	<b>- 14,33</b>	<b>- 0,1</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %</b>	<b>17,0</b>	<b>17,6</b>		





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### Untergliederung 30: Unterricht, Kunst und Kultur

#### Ausgaben

In der Untergliederung 30 betragen die Ausgaben 7.847,83 Mill. EUR und somit 11,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7.701,70 Mill. EUR wurden 146,13 Mill. EUR (+ 1,9 %) mehr ausgegeben. Mehrausgaben entstanden für Personal in Höhe von 59,80 Mill. EUR (+ 2,1 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 86,33 Mill. EUR (+ 1,8 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag resultieren vor allem aus der Ausweitung der Sprachförderkurse und der Tagesbetreuung, Senkung der KlassenschülerInnen-Höchstzahl auf den Richtwert 25, sowie aus Stellenplanüberschreitungen an den Allgemein bildenden Pflichtschulen (+ 95,95 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben für Gehälter von VertragslehrerInnen an den berufsbildenden Schulen (Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe (insgesamt + 24,65 Mill. EUR) sowie technische und gewerbliche Lehranstalten (insgesamt + 22,26 Mill. EUR)). Wie bei BVA-Erstellung bereits geplant wurden diese Mehrausgaben durch Rücklagenentnahmen bedeckt.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden für allgemein bildende Schulen, weil mit einigen Bundesländern noch kein Einvernehmen über das Fördermodell zum Ausbau ganztägiger Schulformen hergestellt werden konnte (- 16,46 Mill. EUR).

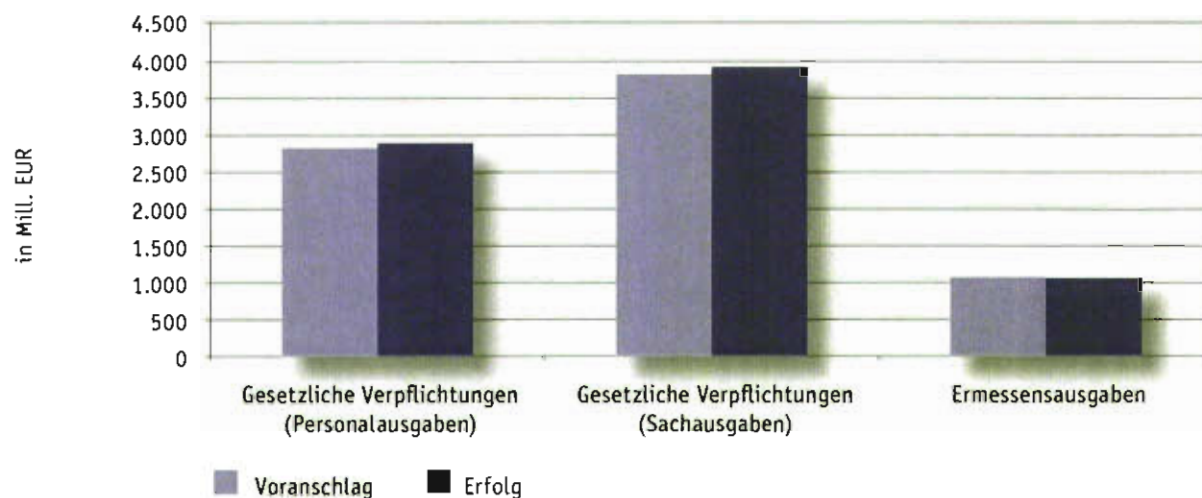
#### Einnahmen

Die Einnahmen betragen 98,63 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 90,15 Mill. EUR wurden 8,48 Mill. EUR (+ 9,4 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 30	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	2.814,50	2.874,31	+ 59,80	+ 2,1
Sachausgaben	4.887,20	4.973,52	+ 86,33	+ 1,8
Gesetzliche Verpflichtungen	3.810,51	3.906,98	+ 96,48	+ 2,5
Ermessensausgaben	1.076,69	1.066,54	- 10,15	- 0,9
<b>Summe</b>	<b>7.701,70</b>	<b>7.847,83</b>	<b>+ 146,13</b>	<b>+ 1,9</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>11,0</b>	<b>11,6</b>		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
30	Unterricht, Kunst und Kultur	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
300	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	635,41	631,20	- 4,21	- 0,7
301	Kunst und Kultur	430,39	438,96	+ 8,57	+ 2,0
302	Bundesministerium; Zweckaufwand	142,31	133,91	- 8,40	- 5,9
304	Nachgeordnete Dienststellen	6,41	6,89	+ 0,48	+ 7,5
306	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	101,05	99,68	- 1,38	- 1,4
307	Allgemein bildende Schulen	4.639,25	4.714,33	+ 75,08	+ 1,6
308	Berufsbildende Schulen	1.512,99	1.569,75	+ 56,75	+ 3,8
309	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	233,88	253,12	+ 19,23	+ 8,2
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>7.701,70</b>	<b>7.847,83</b>	<b>+ 146,13</b>	<b>+ 1,9</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
300	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	3,06	2,37	- 0,68	- 22,4
301	Kunst und Kultur	23,87	17,78	- 6,08	- 25,5
302	Bundesministerium; Zweckaufwand	3,39	4,53	+ 1,15	+ 33,9
304	Nachgeordnete Dienststellen	3,09	3,87	+ 0,78	+ 25,2
306	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	18,11	21,78	+ 3,67	+ 20,3
307	Allgemein bildende Schulen	15,50	19,55	+ 4,05	+ 26,1
308	Berufsbildende Schulen	21,13	26,15	+ 5,02	+ 23,8
309	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	2,01	2,60	+ 0,59	+ 29,2
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>90,15</b>	<b>98,63</b>	<b>+ 8,48</b>	<b>+ 9,4</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 7.611,55</b>	<b>- 7.749,20</b>	<b>- 137,65</b>	<b>+ 1,8</b>





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

<b>1/30</b>	<b>Unterricht, Kunst und Kultur</b>	
1/301	Kunst und Kultur	
1/3011	Kulturangelegenheiten	
1/30118	Aufwendungen	+ 14,52 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Investitionsmittel gemäß § 5 Bundesmuseengesetz, weil die Fortschritte bei den Projekten des Kunsthistorischen Museums (Kunstammer, Zentraldepot), der Österreichischen Galerie Belvedere (21er Haus) und des MUMOK (Sanierung im Ausstellungsbereich) zu Änderungen beim vorgesehenen Zahlungsplan des BMUKK bei den zugesagten Refundierungsleistungen für 2011 führten. Es wurden in Summe 27,3 Mill. EUR angewiesen anstatt der für alle ausgegliederten Bundesmuseen geplanten 10,8 Mill. EUR.	+ 17,11 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 16.700.000,- EUR; BMF-112913/0240-II/4/2011 v. 30.11.2011	
1/302	Bundesministerium; Zweckaufwand	
1/3020	Allgemein-pädagogische Erfordernisse	
1/30207	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 5,37 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Schülerbeihilfen, weil die Valorisierung des Schülerbeihilfengesetzes aufgeschoben wurde und sich dadurch geringere Beihilfenansprüche ergaben.	- 7,84 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei der Studienförderung, weil die Zahl der Anträge (von 2.831 im Schuljahr 2009/10 auf 3.917 im Schuljahr 2011/12) und der Bewilligungen (von 1.923 im Schuljahr 2009/10 auf 2.661 im Schuljahr 2011/12) von Studierenden an Pädagogischen Hochschulen stark gestiegen ist.	+ 2,83 Mill. EUR
1/30208	Aufwendungen	- 7,49 Mill. EUR
	Minderausgaben für Werkleistungen von Dritten, weil folgende pädagogische Projekte zurückgestellt wurden: Begleitmaßnahmen Neue Mittelschule, Berufsbildungsqualität, AHS-Qualitätsentwicklung, Interkulturelles Lernen, Bildungsstandards in der Berufsbildung, Neue Technologien, Kunst und Kulturvermittlung, Sonderpädagogik, AHS-Schulentwicklung, Comenius und Leonardo Projekte, Litera, Schulsportwettkämpfe, Erwachsenenbildung, diverse Kleinprojekte, Gender, Bildung 2020, Umweltbildung, HS Innovation Lernumgebungen.	- 6,22 Mill. EUR



## TZ 3

1/307	Allgemein bildende Schulen	
1/3075	Allgemein bildende Pflichtschulen	
1/30757	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 94,07 Mill. EUR
	Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen gemäß FAG resultieren vor allem aus der Ausweitung der Sprachförderkurse (bei der Budgeterstellung für 2011 wurde mit 380 Planstellen gerechnet, tatsächlich wurden 416 Planstellen für die Sprachförderung aufgewendet) und aus Stellenplanüberschreitungen der Länder, weil die Echkosten des Bundes höher sind als die von den Ländern refundierten Beträge gemäß der Landeslehrer-Controllingverordnung. Das BMUKK hat bereits bei der Budgeterstellung Rücklagenentnahmen in der Höhe von rd. 97,31 Mill. EUR berücksichtigt.	+ 95,95 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 98.812.000,- EUR; BMF-112913/0263-II/4/2011 v. 09.12.2011	
1/30758	Aufwendungen	- 16,60 Mill. EUR
	Minderausgaben, weil mit den Bundesländern Wien, Steiermark, Vorarlberg und Tirol über das Fördermodell zum Ausbau ganztägiger Schulformen das Einvernehmen nicht rechtzeitig hergestellt werden konnte und daher im Jahr 2011 keine Zahlungen geleistet wurden.	- 16,46 Mill. EUR
1/308	Berufsbildende Schulen	
1/3080	Technische und gewerbliche Lehranstalten	
1/30800	Personalausgaben	+ 22,26 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Gehälter von Vertragslehrern (+ 29,42 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträge (+ 6,23 Mill. EUR), welche durch Rücklagenentnahmen bedeckt wurden. Das BMUKK ist bereits bei der Erstellung des BVA von einer Rücklagenentnahme ausgegangen.	+ 35,65 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Bezügen von Beamten aufgrund des Pragmatisierungsstopps.	- 9,03 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen, weil sich die Abrechnung für die Lehrer verzögert hat und die Auszahlung nicht mehr im Budgetjahr 2011 erfolgen konnte.	- 5,45 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 24.000.000,- EUR; BMF-112913/0326-II/4/2011 v. 29.12.2011	



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/3081	Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	
1/30810	Personalausgaben	+ 24,65 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Gehälter von Vertragslehrern (+ 24,27 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträge (+ 4,84 Mill. EUR), welche durch Rücklagenentnahmen bedeckt wurden. Das BMUKK ist bereits bei der Erstellung des BVA von einer Rücklagenentnahme ausgegangen.	+ 29,10 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Bezügen für Beamte wegen des Pragmatisierungsstopps.	- 4,28 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 24.830.000,- EUR; BMF-112913/0326-II/4/2011 v. 29.12.2011	
1/3082	Handelsakademien und Handelsschulen	
1/30820	Personalausgaben	+ 12,67 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Gehälter von Vertragslehrern (+ 19,27 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträge (+ 3,76 Mill. EUR), welche durch Rücklagenentnahmen bedeckt wurden. Das BMUKK ist bereits bei der Erstellung des BVA von einer Rücklagenentnahme ausgegangen.	+ 23,04 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Bezügen für Beamte wegen des Pragmatisierungsstopps.	- 8,22 Mill. EUR
	Minderausgaben für Mehrdienstleistungsvergütungen, weil sich die Abrechnung für die Lehrer verzögert hat und die Auszahlung nicht mehr im Budgetjahr 2011 erfolgen konnte.	- 3,04 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 14.000.000,- EUR; BMF-112913/0326-II/4/2011 v. 29.12.2011	
1/309	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	
1/3090	Pädagogische Hochschulen	
1/30907	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 12,92 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Bedienstete gemäß Punkt 4 (7) des Stellenplans, weil im Bereich der Pädagogischen Hochschulen zur Aufrechterhaltung des Studienbetriebes Landeslehrer dienst-zugeteilt bzw. mitverwendet werden. Die Kosten für die Mitverwendungen werden den Ländern vom Bund refundiert. Für diese Landeslehrer waren offene Rechnungen zu begleichen.	+ 10,62 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen: 7.384.657,- EUR; BMF-112913/0102-II/4/2011 v. 20.07.2011 5.750.000,- EUR; BMF-112913/0285-II/4/2011 v. 14.12.2011	

TZ 3

## 1/3091 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

1/30910 Personalausgaben

+ 8,31 Mill. EUR

Mehrausgaben für Gehälter von Vertragslehrern, welche durch Rücklagenentnahmen bedeckt wurden. Das BMUKK ist bereits bei der Erstellung des BVA von einer Rücklagenentnahme ausgegangen.

+ 6,79 Mill. EUR

Überschreitungsbewilligung:

8.500.000,- EUR; BMF-112913/0326-II/4/2011 v. 29.12.2011





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### Untergliederung 31: Wissenschaft und Forschung

#### Ausgaben

In der Untergliederung 31 betragen die Ausgaben 3.632,27 Mill. EUR und somit 5,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.781,10 Mill. EUR wurden 148,83 Mill. EUR (- 3,9 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 3,60 Mill. EUR (- 7,5 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 145,23 Mill. EUR (- 3,9 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die restriktive Zuweisung der zur Finanzierung der Universitäten zur Verfügung stehenden Mittel (insgesamt - 107,93 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben bei den Klinikaufwendungen entstanden durch Verzögerungen bei Bauprojekten (insgesamt - 19,72 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entfielen auf Förderungen für Forschungseinrichtungen (+ 8,20 Mill. EUR) und -programme (+ 7,28 Mill. EUR).

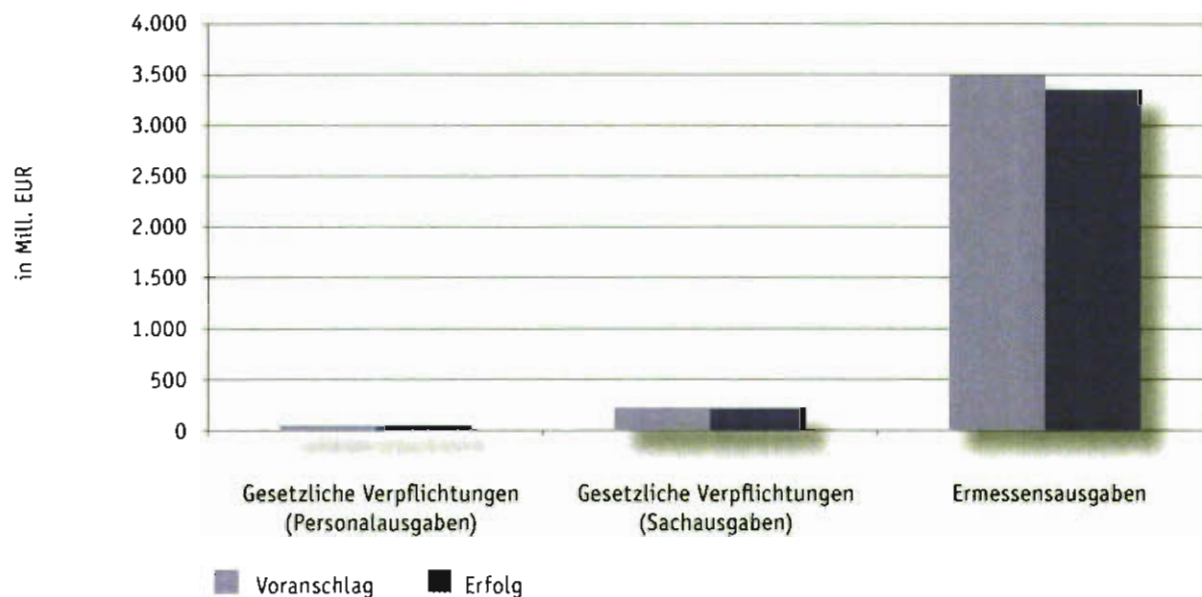
#### Einnahmen

Die Einnahmen betragen 3,52 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8,00 Mill. EUR wurden 4,48 Mill. EUR (- 56,0 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 31	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	47,99	44,39	- 3,60	- 7,5
Sachausgaben	3.733,11	3.587,88	- 145,23	- 3,9
Gesetzliche Verpflichtungen	224,28	216,75	- 7,53	- 3,4
Ermessensausgaben	3.508,83	3.371,13	- 137,70	- 3,9
<b>Summe</b>	<b>3.781,10</b>	<b>3.632,27</b>	<b>- 148,83</b>	<b>- 3,9</b>
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	5,4	5,4		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
31	Wissenschaft und Forschung	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
310	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	2.925,45	2.795,48	- 129,97	- 4,4
311	Bundesministerium (Zweckaufwand)	570,05	561,01	- 9,04	- 1,6
312	Ang. d. Studierenden, Bibl. u. wiss. Einrichtungen	50,60	46,91	- 3,69	- 7,3
316	Fachhochschulen	235,01	227,03	- 7,98	- 3,4
319	Personalämter	0,00	1,86	+ 1,85	+ 185.431,6
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>3.781,10</b>	<b>3.632,27</b>	<b>- 148,83</b>	<b>- 3,9</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
310	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	7,11	2,38	- 4,73	- 66,5
311	Bundesministerium (Zweckaufwand)	0,62	0,60	- 0,02	- 2,8
312	Ang. d. Studierenden, Bibl. u. wiss. Einrichtungen	0,27	0,53	+ 0,27	+ 100,8
316	Fachhochschulen	0,01	0,00	- 0,01	- 100,0
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>8,00</b>	<b>3,52</b>	<b>- 4,48</b>	<b>- 56,0</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 3.773,10</b>	<b>- 3.628,76</b>	<b>+ 144,34</b>	<b>- 3,8</b>

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

**1/31 Wissenschaft und Forschung**

1/310 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

1/3103 Universitäten; Träger öffentlichen Rechts

1/31038 Aufwendungen - 107,93 Mill. EUR

Minderausgaben ergaben sich vorwiegend bei den „Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts (Unis)“.

Der Großteil dieser Minderausgaben (rd. 81,5 Mill. EUR) entstand durch eine restriktive Zuweisung der zur Finanzierung der Universitäten zur Verfügung stehenden Mittel (Gesamtbetrag gemäß § 12 Universitätsgesetz 2002 für 2011 in Höhe von rd. 2.658,9 Mill. EUR). Da nämlich mit einer künftigen Stagnation der zur Verfügung stehenden Mittel gerechnet werden musste, wurde für die Zukunft angespart, um künftige Budgets für Forschung und Lehre nicht kürzen zu müssen.

Weiters entstanden Minderausgaben von rd. 10 Mill. EUR, weil die Universitäten diese als Anreiz für die Eingliederung außeruniversitärer Einrichtungen und für Kooperationen vorgesehenen Mittel nicht im vollen Maße ausgeschöpft haben.

Zusätzliche Einsparungen von rd. 8 Mill. EUR wurden durch niedrigere Mieten für das Universitätszentrum Althanstraße II erzielt.

- 99,49 Mill. EUR

Weitere Minderausgaben von rd. 8,4 Mill. EUR resultierten aus dem Bereich „Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts (F&E-Mittel)“, da vor dem Abschluss bestehender Programme (UniInfrastruktur IV und Konjunkturpaket II) keine neuen Programme ausgeschrieben wurden.

- 8,44 Mill. EUR

1/3104 Klinikaufwendungen

1/31048 Aufwendungen - 19,72 Mill. EUR

Minderausgaben entstanden beim Klinischen Mehraufwand (Klinikbauten). Auf Grund von Verzögerungen im Baufortschritt und sich daraus ergebenden Verschiebungen im Zahlungsplan kam es bei den Projekten Allgemeines-Krankenhaus-Informationen-Management (Stadt Wien und Medizinische Universität Wien), Landeskrankenhaus Graz 2000 und 2020 sowie dem Projekt Landeskrankenhaus Innsbruck 2015 zu Abweichungen.

- 24,27 Mill. EUR



TZ 3

	Mehrausgaben entstanden beim Projekt Totalübernahmevertrag betreffend Allgemeines Krankenhaus Wien mit der VOEST-Alpine Medizintechnik Ges.m.b.H. (VAMED), da auf Grund von Verzögerungen im Baufortschritt in den Vorjahren die Abrechnungen erst 2011 vorgelegt wurden.	+ 5,20 Mill. EUR
1/311	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/3110	Hochschulische Einrichtungen	
1/31107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 11,46 Mill. EUR
	Minderausgaben entstanden dadurch, dass weniger Studierende einen Antrag auf Studienbeihilfe gestellt und bewilligt bekommen haben. Weiters kam es zu einer Erhöhung der Studienbeihilfe durch die teilweise Kompensation des Wegfalls der Familienbeihilfe, weswegen im ersten Halbjahr noch geringere Beträge an Studienbeihilfen ausbezahlt wurden.	- 11,46 Mill. EUR
1/31108	Aufwendungen	- 8,18 Mill. EUR
	Auf Grund der notwendigen Sparmaßnahmen mussten Zuschüsse für die Sozialversicherung der Studierenden eingespart werden, was zu Minderausgaben führte.	- 3,70 Mill. EUR
	Minderausgaben entstanden weiters dadurch, dass Teilbeträge für Vortragstätigkeiten im Ausland zwar veranschlagt, im Zuge einer Kontenplanharmonisierung aber nicht in Anspruch genommen wurden.	- 2,20 Mill. EUR
	Weitere Einsparungen konnten bei Werkleistungen durch Dritte bei den Projekten Hochschulplan und Studienchecker erzielt werden.	- 1,04 Mill. EUR
1/3114	Wissenschaftliche Forschung	
1/31146	Förderungen	+ 7,28 Mill. EUR
	Mehrausgaben entstanden durch Verpflichtungen für Forschungs- und Stipendienprogramme des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Einzelförderung von Wissenschaftlern, Internationale Programme, Lise-Meitner-, Hertha-Firnberg- und Elise-Richter-Programm).	+ 7,28 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 7.281.125,- EUR; BMF-112913/0251-II/4/2011 v. 05.12.2011	



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/3116	Forschungseinrichtungen	
1/31166	Förderungen	+ 8,69 Mill. EUR
	Mehrausgaben fielen durch Verpflichtungen aus vergangenen Jahren an. Diese zusätzlichen Mittel wurden für das Vienna Biocenter (rd. 4,2 Mill. EUR), das Programm Sparkling Science (rd. 3 Mill. EUR), das Institut für die Wissenschaften vom Menschen und für die American Austrian Foundation (jeweils rd. 0,5 Mill. EUR) benötigt.	+ 8,20 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 9.425.722,65 EUR; BMF-112913/0131-II/4/2011 v. 22.08.2011	
1/31168	Aufwendungen	- 6,71 Mill. EUR
	Minderausgaben entstanden dadurch, dass die für den anteilmäßigen Drittmittelausgleich vom BMWF reservierten Mittel vom Institute of Science and Technology Austria (ISTA) nicht in Anspruch genommen wurden.	- 6,25 Mill. EUR
1/3118	Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation	
1/31188	Aufwendungen	- 6,45 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund von Bauverzögerungen im Zusammenhang mit dem Strahlentherapiezentrum MedAustron.	- 9,62 Mill. EUR
	Weitere Minderausgaben entstanden dadurch, dass Leistungen der Europäischen Südsternwarte (ESO) zwar als internationale Forschungsvorhaben beim VA-Konto „Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation“ budgetiert, aber letztendlich über die VA-Post „Werkleistungen durch Dritte“ abgewickelt wurden.	- 2,99 Mill. EUR
	Ein Teil dieser Minderausgaben wurde beim VA-Konto „Werkleistungen durch Dritte“ für den Mehrbedarf für Stipendien bei der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN), für Inkind-Leistungen der Europäischen Südsternwarte (ESO) und für Beratungseinrichtungen für das EU-Rahmenprogramm verwendet und führte hier zu Mehrausgaben.	+ 5,25 Mill. EUR
1/316	Fachhochschulen	
1/31606	Förderungen	- 7,88 Mill. EUR
	Minderausgaben resultierten daraus, dass der Ausbau von Fachhochschulplätzen erst mit Beginn des Studienjahres 2011/2012 in Angriff genommen werden konnte und diese Mittel daher 2011 nicht zur Gänze ausgeschöpft wurden.	- 7,88 Mill. EUR

TZ 3

**Untergliederung 33: Wirtschaft (Forschung)****Ausgaben**

In der Untergliederung 33 betragen die Ausgaben 106,17 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 96,90 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 9,27 Mill. EUR (+ 9,6 %) mehr ausgegeben.

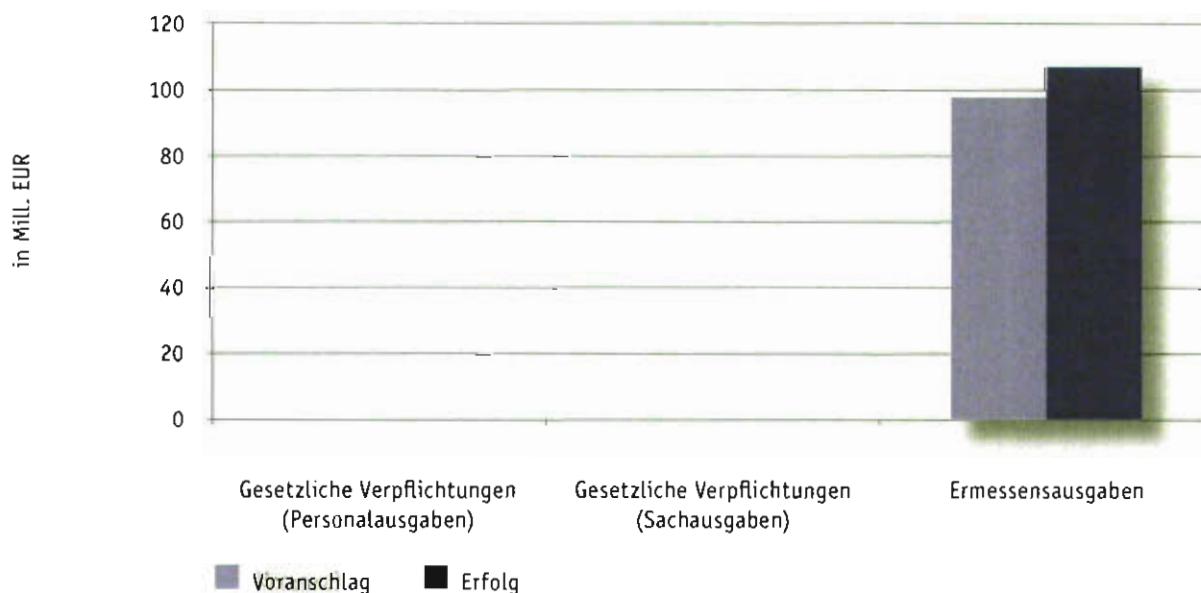
Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für die Technologie- und Forschungsförderung entstanden durch die gestiegene Dotierung diverser Forschungsprogramme (+ 10,48 Mill. EUR).

**Einnahmen**

Einnahmen wurden keine erzielt. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.000,- EUR wurden 2.000,- EUR weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 33	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	96,90	106,17	+ 9,27	+ 9,6
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,1	0,2		





## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
33	Wirtschaft (Forschung)	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
331	Technologie- und Forschungsförderung	96,90	106,17	+ 9,27	+ 9,6
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>96,90</b>	<b>106,17</b>	<b>+ 9,27</b>	<b>+ 9,6</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
331	Technologie- und Forschungsförderung	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>- 0,00</b>	<b>- 100,0</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 96,90</b>	<b>- 106,17</b>	<b>- 9,27</b>	<b>+ 9,6</b>

**1/33 Wirtschaft (Forschung)****1/331 Technologie- und Forschungsförderung**

1/33176 Förderungen + 5,93 Mill. EUR

Mehrausgaben ergaben sich bei der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH aufgrund einer gestiegenen Dotierung von Forschungsprogrammen (bspw. COIN, Eurostars, RSA) sowie infolge des Aufholens von krisenbedingten Verzögerungen bei der Abwicklung von Forschungsprojekten.

+ 10,48 Mill. EUR

Mehrausgaben ergaben sich für Zuschüsse an die Christian Doppler Forschungsgesellschaft aufgrund einer größeren Zahl an eingelangten, förderungswürdigen Förderungsanträgen.

+ 2,97 Mill. EUR

Minderausgaben bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) durch eine geringere Anzahl von Projekten im Programm zur Förderung Junger Innovativer Unternehmen (JITU).

- 4,67 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Zuschüssen an private Institutionen infolge einer geringeren Anzahl von Einzelförderungen, welche außerdem zugunsten der Abwicklung von Förderungen über die Förderungsagenturen reduziert wurden.

- 2,65 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligungen:

15.716.654,- EUR; BMF-112913/0007-II/10/2011 v. 09.02.2011

11.000.000,- EUR; BMF-112913/0032-II/10/2011 v. 07.04.2011

TZ 3

**Untergliederung 34: Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)****Ausgaben**

In der Untergliederung 34 betragen die Ausgaben 349,89 Mill. EUR und somit 0,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 370,80 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 20,91 Mill. EUR (- 5,6 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend durch eine geringere Anzahl an Förderungsanträgen beim Programm zur Förderung Junger Innovativer Technologieorientierter Unternehmen (JITU) (- 5,48 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend bei der Österr. Forschungsförderungsgesellschaft GmbH (FFG) durch die Finanzierung des Schwerpunkts «Produktionstechnologien» über die Basisprogramme der FFG (+ 6,04 Mill. EUR).

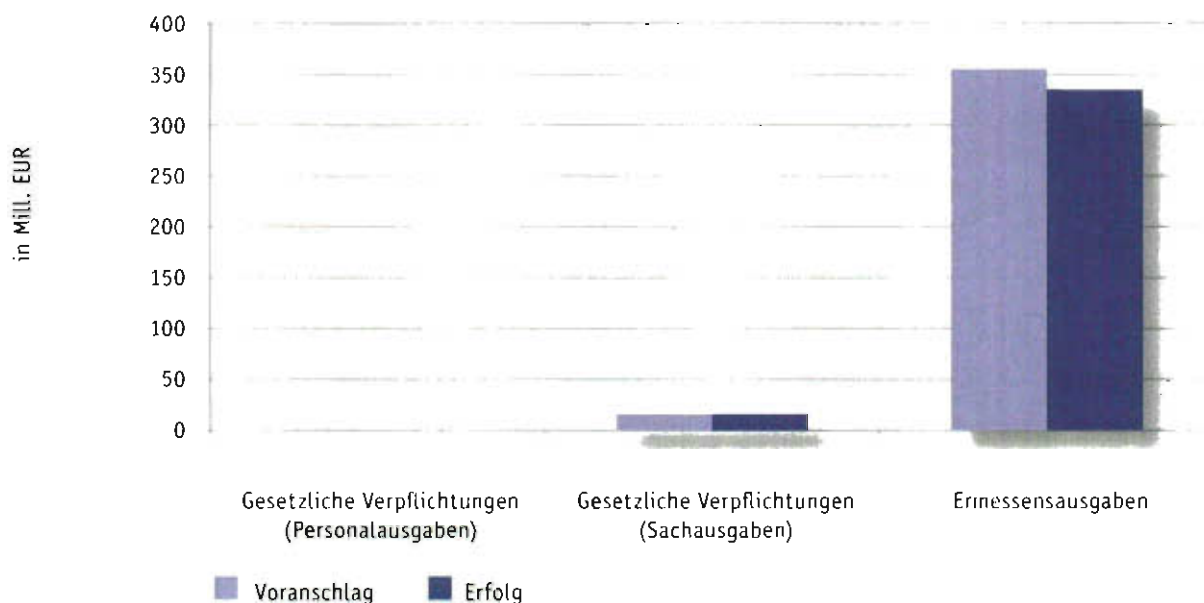
**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 3,06 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,01 Mill. EUR wurden 3,06 Mill. EUR (+ 38.199,4 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 34	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben	370,80	349,89	- 20,91	- 5,6
Gesetzliche Verpflichtungen	16,50	16,27	- 0,23	- 1,4
Ermessensausgaben	354,30	333,62	- 20,68	- 5,8
<b>Summe</b>	<b>370,80</b>	<b>349,89</b>	<b>- 20,91</b>	<b>- 5,6</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>		

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
341	Kapitalbeteiligungen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
343	Wirtschaftlich-technische Forschung/ Technologie	89,35	73,07	- 16,28	- 18,2
344	Forschungseinrichtungen	281,45	276,82	- 4,63	- 1,6
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>370,80</b>	<b>349,89</b>	<b>- 20,91</b>	<b>- 5,6</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
341	Erfolgs- und bestandswirksame Einnahmen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
343	Wirtschaftlich-technische Forschung/ Technologie	0,01	3,06	+ 3,06	+ 50.965,8
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>0,01</b>	<b>3,06</b>	<b>+ 3,06</b>	<b>+ 38.199,4</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 370,79</b>	<b>- 346,83</b>	<b>+ 23,97</b>	<b>- 6,5</b>



TZ 3

**1/34      Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)**

1/343      Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie

1/3437     Innovationsförderung

1/34376   Förderungen - 5,48 Mill. EUR

Minderausgaben aufgrund der geringeren Anzahl an Förderungsanträgen beim Programm zur Förderung Junger Innovativer Technologieorientierter Unternehmen (JITU) und der dadurch **geringeren Auszahlungsbeträge**.

- 5,48 Mill. EUR

1/3448     Forschungsförderungs GmbH (FFG)

1/34488   Aufwendungen + 6,04 Mill. EUR

Mehrausgaben bei der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) durch die Finanzierung des Schwerpunktes „Produktionstechnologien“ **über die Basisprogramme** der FFG. Dies war bei der **Budgetierung noch nicht vorgesehen**.

+ 6,04 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

7.000.000,- EUR; BMF-112913/0211-II/10/2011 v. 10.11.2011

**Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt**

Untergliederungen 40 bis 46

**Ausgaben**

Die Ausgaben betragen 8.194,20 Mill. EUR und somit 12,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8.787,87 Mill. EUR wurden 593,66 Mill. EUR (- 6,8 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben für Personal entstanden in Höhe von 17,60 Mill. EUR (- 5,0 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 576,07 Mill. EUR (- 6,8 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 45 „Bundesvermögen“ betrafen Zahlungen aus Finanzhaftungen: Wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden höhere Schadenzahlungen erwartet, die aber nicht in vollem Umfang eintraten (- 354,66 Mill. EUR). Minderausgaben in UG 43 „Umwelt“ entstanden beim Handel von Emissionsrechten (- 68,78 Mill. EUR) wegen des gesunkenen Preises von CO<sup>2</sup>-Emissionszertifikaten. Geänderte Auszahlungsmodalitäten bei Agrarumweltmaßnahmen (- 64,60 Mill. EUR) führten in UG 42 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ zu Minderausgaben.

Mehrausgaben in UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ für gemeinwirtschaftliche Leistungen aus Nachzahlungen an die ÖBB Personenverkehrs AG durch den Abschluss des neuen Verkehrsdienstvertrages im Februar 2011 (+ 177,83 Mill. EUR). Mehrausgaben in UG 45 „Bundesvermögen“ entstanden für Darlehen an das Ausland, weil die Auszahlung des dritten Darlehens an Griechenland von Dezember 2010 auf Jänner 2011 verschoben wurde (+ 108,56 Mill. EUR). Die Zahlung eines Restrukturierungsbeitrages an die KA Finanz AG zur Einhaltung der Kernkapitalquote von 7 % (+ 74,31 Mill. EUR) verursachte Mehrausgaben bei UG 46 „Finanzmarktstabilität“.

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 3.221,24 Mill. EUR und somit 5,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 4.103,39 Mill. EUR wurden 882,15 Mill. EUR (- 21,5 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 46 „Finanzmarktstabilität“ entstanden, weil geplante Rückzahlungen von Partizipationskapital zweier Kreditinstitute nicht erfolgten (- 900,00 Mill. EUR). Mindereinnahmen bei UG 45 „Bundesvermögen“ sind auf die Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen und auf geringere Rückersätze aus Haftungsansprüchen im Umschuldungsbereich (- 314,94 Mill. EUR) zurückzuführen.

TZ 3

Mehreinnahmen bei UG 46 „Finanzmarktstabilität“ resultierten vorwiegend aus nicht einbehaltenen Haftungsentgelten gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz und Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz (+ 110,59 Mill. EUR). Mehreinnahmen bei UG 45 „Bundesvermögen“ sind auf die Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldenstreichungen zurückzuführen (+ 109,00 Mill. EUR). Weiters führte eine Dividendenausschüttung der ASFI-NAG an die Eigentümer (+ 76,50 Mill. EUR) in UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ zu Mehreinnahmen.

Tabelle 71: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 4

Rubrik 4	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
Personalausgaben	352,38	334,78	- 17,60	- 5,0
Sachausgaben	8.435,49	7.859,42	- 576,07	- 6,8
Gesetzliche Verpflichtungen	1.739,19	1.682,45	- 56,73	- 3,3
Ermessensausgaben	6.696,30	6.176,97	- 519,33	- 7,8
<b>Summe</b>	<b>8.787,87</b>	<b>8.194,20</b>	<b>- 593,66</b>	<b>- 6,8</b>
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	12,5	12,1		





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### Untergliederung 40: **Wirtschaft**

#### Ausgaben

In der Untergliederung 40 betragen die Ausgaben 408,74 Mill. EUR und somit 0,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 436,10 Mill. EUR wurden 27,36 Mill. EUR (- 6,3 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 9,65 Mill. EUR (- 7,3 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 17,71 Mill. EUR (- 5,8 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Wirtschaftsförderungen erfolgten zugunsten von Maßnahmen der thermischen Sanierung des BMLFUW (- 50,31 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden für die Sanierung von Amtsgebäuden infolge zügigen Baufortschritts und der damit verbundenen Freigabe zusätzlicher Mittel (insgesamt + 29,54 Mill. EUR).

#### Einnahmen

Die Einnahmen betragen 200,05 Mill. EUR und somit 0,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 170,50 Mill. EUR wurden 29,55 Mill. EUR (+ 17,3 %) mehr eingenommen.

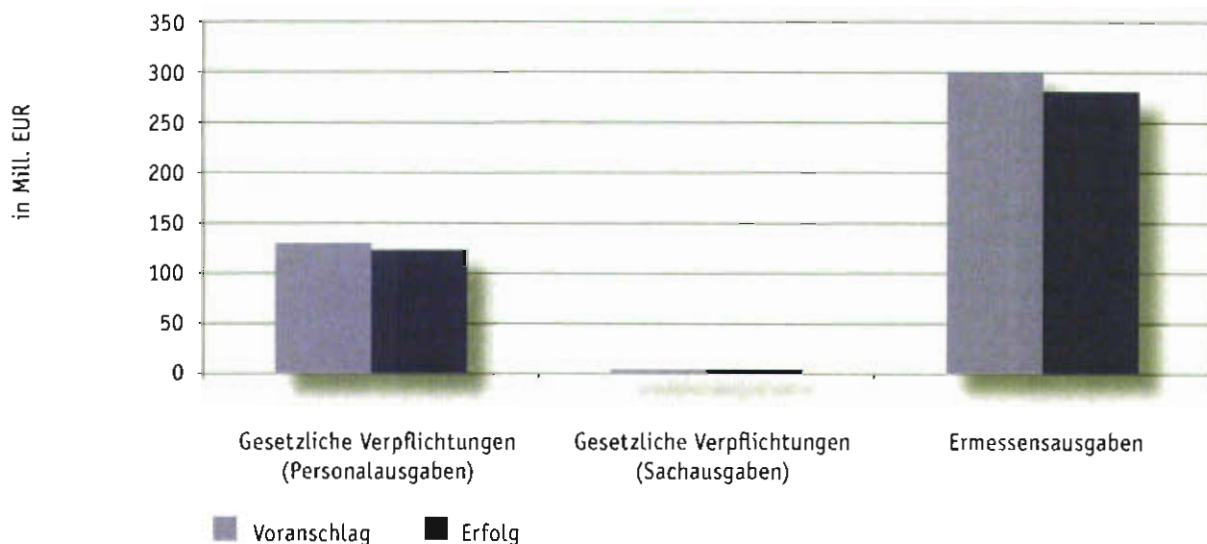
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden durch gestiegene Energiepreise erzielt (+ 29,81 Mill. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch Umstellungen bei der Grundstücksdatenbank (- 7,13 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 40	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	132,03	122,38	- 9,65	- 7,3
Sachausgaben	304,07	286,36	- 17,71	- 5,8
Gesetzliche Verpflichtungen	4,36	4,49	+ 0,13	+ 3,1
Ermessensausgaben	299,71	281,87	- 17,84	- 6,0
<b>Summe</b>	<b>436,10</b>	<b>408,74</b>	<b>- 27,36</b>	<b>- 6,3</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
40	Wirtschaft	in Mill. EUR		in %	
1/.	<b>Ausgaben</b>				
400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	171,94	159,47	- 12,47	- 7,3
401	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	212,24	168,63	- 43,61	- 20,5
402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	51,69	80,44	+ 28,75	+ 55,6
404	Schönbrunner Tiergartenamt, Amt d. Bundesimmobilien	0,23	0,19	- 0,03	- 15,1
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>436,10</b>	<b>408,74</b>	<b>- 27,36</b>	<b>- 6,3</b>
2/.	<b>Einnahmen</b>				
400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	137,17	161,08	+ 23,91	+ 17,4
401	Bundesministerium; Zweckaufwand	22,70	24,05	+ 1,35	+ 5,9
402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	10,63	14,93	+ 4,30	+ 40,5
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>170,50</b>	<b>200,05</b>	<b>+ 29,55</b>	<b>+ 17,3</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 265,60</b>	<b>- 208,69</b>	<b>+ 56,91</b>	<b>- 21,4</b>



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### 1/40 **Wirtschaft**

1/400 Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

1/4000 Zentraleitung

1/40000 Personalausgaben - 5,44 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Bezügen für Beamte infolge eines höheren Zugangs an Neupensionierungen (26) als bei der Erstellung des Voranschlages (10) angenommen. - 5,46 Mill. EUR

1/401 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/4014 Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG

1/40146 Förderungen - 7,47 Mill. EUR

Minderausgaben bedingt durch Redimensionierung von Projekten im Bereich der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung sowie durch Verschiebungen und Verlängerungen von Projektdurchführungszeiträumen. - 7,47 Mill. EUR

1/4015 Wirtschaftsförderungen

1/40156 Förderungen - 38,07 Mill. EUR

Minderausgaben bei Transferzahlungen an übrige Sektoren der Wirtschaft zugunsten von Maßnahmen der thermischen Sanierung des BMLFUW. - 50,31 Mill. EUR

Minderausgaben betreffend Schwerpunkte der Internationalisierungsoffensive, weil die Auszahlung der Mittel den jeweiligen Projektfortschritten entsprechend erfolgte. - 8,98 Mill. EUR

Mehrausgaben für Investitionszuschüsse-Energiewesen für Vorhaben gemäß Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz 2008, die im Jahr 2010 nicht ausbezahlt wurden. + 9,40 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund verstärkter Nachfrage bei der Förderaktion „Filmstandort Österreich“. + 8,90 Mill. EUR

Mehrausgaben bei Förderaktionen der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. (ÖHT) im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen der Jahre 2009 und 2010, die im Jahr 2010 nicht ausbezahlt wurden. + 4,22 Mill. EUR



TZ 3

1/402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	
1/4023	Kulturbauten	
1/40233	Anlagen	+ 29,54 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund des zügigen Baufortschrittes und der damit verbundenen Freigabe zusätzlicher Mittel betreffend Amtsgebäude Himmelpfortgasse/Johannesgasse, Generalsanierung.	+ 26,25 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund dringend notwendiger Fassadensanierungen im Bereich der Wiener Hofburg (z.B. Michaelertrakt, Prunksaaltrakt-Bibliothekshof, Minoritenplatz) sowie betreffend Porzellanmanufaktur und Schützenhaus.	+ 4,21 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen: 36.500.000,- EUR; BMF-112913/0020-II/10/2011 v. 25.03.2011 504.353,91 EUR; BMF-112913/0052-II/10/2011 v. 28.04.2011 2.750.000,- EUR; BMF-112913/0116-II/10/2011 v. 29.07.2011 50.000,- EUR; BMF-112913/0141-II/9/2011 v. 06.09.2011	
<b>2/40</b>	<b>Wirtschaft</b>	
2/400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	
2/4000	Zentraleitung	
2/40004	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 29,20 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Änderung des Mineralrohstoffgesetzes (Neufassung der Berechnungsbasis für den Förderzins in Abhängigkeit vom Rohöl- bzw. Gaspreis), durch den Anstieg der Energiepreise sowie durch höhere Produktionszahlen bei Erdgas.	+ 29,81 Mill. EUR
2/4009	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	
2/40094	Erfolgswirksame Einnahmen	- 7,48 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, die beim BMJ als Mehreinnahmen ausgewiesen sind, infolge der Neukonzeption der Grundstücksdatenbank (GDB). Vereinbarungsgemäß werden die Einnahmen aus dem Betrieb der GDB nunmehr seit 2010 zwischen dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und dem BMJ nach Kataster- und Grundbuchsanteil aufgeteilt.	- 7,13 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### Untergliederung 41: Verkehr, Innovation und Technologie

#### Ausgaben

In der Untergliederung 41 betragen die Ausgaben 2.741,73 Mill. EUR und somit 4,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.706,90 Mill. EUR wurden 34,83 Mill. EUR (+ 1,3 %) mehr ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 4,00 Mill. EUR (- 6,9 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 38,82 Mill. EUR (+ 1,5 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für gemeinwirtschaftliche Leistungen ergaben sich aus Nachzahlungen an die ÖBB Personenverkehrs AG durch den Abschluss des neuen Verkehrsdienstvertrages im Februar 2011 (insgesamt + 177,83 Mill. EUR).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für den Liegenschaftserwerb der ASFINAG entstanden durch Planungsverzögerungen bei Straßenprojekten (- 50,40 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben für vorbeugende Maßnahmen im Fluss- und Hochwasserschutzbau ergaben sich infolge von Projektverzögerungen bzw. -verschiebungen (- 25,39 Mill. EUR).

#### Einnahmen

Die Einnahmen betragen 310,03 Mill. EUR und somit 0,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 219,90 Mill. EUR wurden 90,13 Mill. EUR (+ 41,0 %) mehr eingenommen.

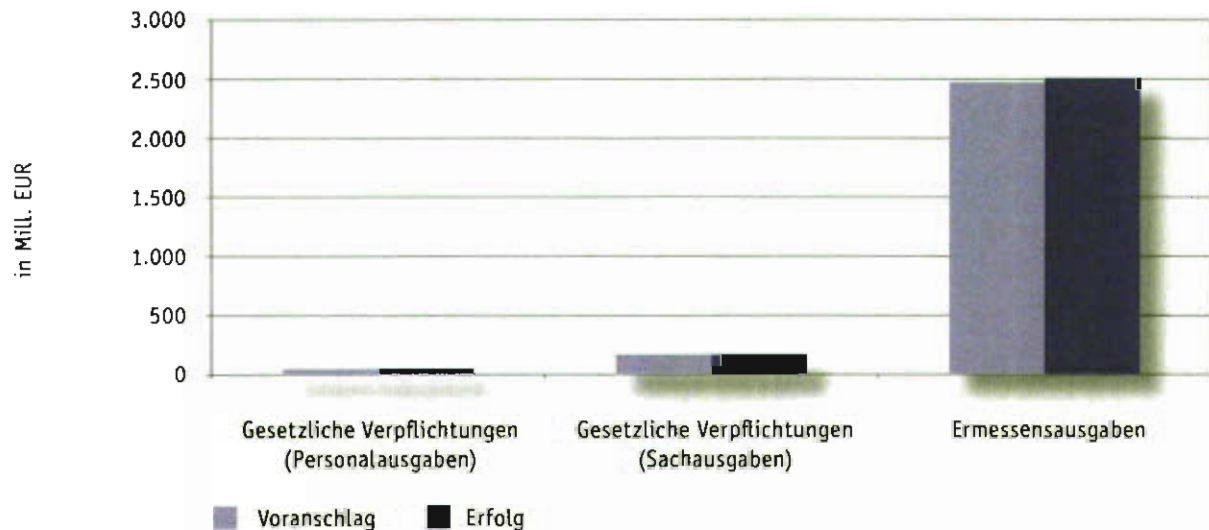
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag konnten durch eine Dividendenausschüttung der ASFINAG an die Eigentümer (+ 76,50 Mill. EUR) sowie durch höhere Strafgeldzahlungen infolge verstärkter Verkehrskontrollen erzielt werden (+ 8,81 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 41	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	57,67	53,68	- 4,00	- 6,9
Sachausgaben	2.649,23	2.688,05	+ 38,82	+ 1,5
Gesetzliche Verpflichtungen	184,19	180,77	- 3,41	- 1,9
Ermessensausgaben	2.465,04	2.507,28	+ 42,24	+ 1,7
<b>Summe</b>	<b>2.706,90</b>	<b>2.741,73</b>	<b>+ 34,83</b>	<b>+ 1,3</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>3,9</b>	<b>4,0</b>		



TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
41	Verkehr, Innovation und Technologie	in Mill. EUR		in %	
1/.	<b>Ausgaben</b>				
410	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	76,05	67,28	- 8,78	- 11,5
411	Bundesministerium (Zweckaufwand)	2.263,72	2.413,35	+ 149,63	+ 6,6
412	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	190,06	160,73	- 29,32	- 15,4
414	Wasserbauverwaltung	77,07	50,70	- 26,37	- 34,2
415	Bundesanstalt für Verkehr	8,15	7,64	- 0,51	- 6,3
416	Bundesstraßenverwaltung	69,84	19,30	- 50,54	- 72,4
417	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	4,40	4,35	- 0,05	- 1,2
418	Einrichtungen des Patentwesens	17,61	18,39	+ 0,78	+ 4,4
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>2.706,90</b>	<b>2.741,73</b>	<b>+ 34,83</b>	<b>+ 1,3</b>
2/.	<b>Einnahmen</b>				
410	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	27,64	28,97	+ 1,33	+ 4,8
411	Bundesministerium (Zweckaufwand)	43,51	120,31	+ 76,81	+ 176,5
412	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	0,19	0,19	- 0,00	- 0,2
414	Wasserbauverwaltung	58,63	57,73	- 0,91	- 1,5
415	Bundesanstalt für Verkehr	0,33	0,76	+ 0,44	+ 133,6
416	Bundesstraßenverwaltung	52,99	61,78	+ 8,79	+ 16,6
417	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	4,40	5,04	+ 0,64	+ 14,6
418	Einrichtungen des Patentwesens	32,21	35,24	+ 3,03	+ 9,4
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>219,90</b>	<b>310,03</b>	<b>+ 90,13</b>	<b>+ 41,0</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 2.487,00</b>	<b>- 2.431,70</b>	<b>+ 55,30</b>	<b>- 2,2</b>



## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

**1/41 Verkehr, Innovation und Technologie**

1/411 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/4114 Eisenbahnen

1/41148 Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur - 15,43 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Zahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG aus dem Zuschussvertrag zu Instandhaltung, Planung und zum Bau von Schieneninfrastruktur (Rahmenplan 2011 bis 2016) gemäß § 42 Absatz 2 Bundesbahngesetz. Der Ende 2010 erstellte optimierte Bauzeitplan für den Brenner Basistunnel sah für die ersten Jahre einen geringeren Mittelabfluss vor, als in der Vereinbarung zum Rahmenplan 2009 bis 2014 vorgesehen war. Am 30. März 2011 erfolgte die Unterzeichnung dieses Zuschussvertrages für den Zeitraum 2011 bis 2016. Im Hinblick auf den darin enthaltenen geänderten Rahmenplan 2011 bis 2016 wurden für den Brenner Basistunnel für das Jahr 2011 keine Annuitätenzuschüsse benötigt.

- 39,06 Mill. EUR

Ebenso ergaben sich Minderausgaben infolge des – gegenüber der bei Budgeterstellung gültigen Planung – verzögerten Mittelabflusses bei der Brenner Basistunnel Gesellschaft (BBT SE). Die benötigten Finanzmittel werden bei Bedarf im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung durch Querfinanzierungseinnahmen im Wege der ÖBB-Infrastruktur AG an die BBT SE zugeführt.

- 12,50 Mill. EUR

Mehrausgaben bei den Zahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG aus den vertraglichen Verpflichtungen des Zuschussvertrages für Betrieb und Bereitstellung der Schieneninfrastruktur (Vertragsperiode 2011-2016) gemäß § 42 Absatz 1 Bundesbahngesetz.

+ 30,19 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund einer Nachschussverpflichtung der Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH gegenüber der Allgemeinen Pensionskasse AG infolge der schlechten Ertragslage durch die Finanzkrise.

+ 7,00 Mill. EUR

1/41158 Gemeinwirtschaftliche Leistungen

+ 177,83 Mill. EUR

Mehrausgaben aus Nachzahlungen an die ÖBB-Personenverkehr AG für Leistungen aus der Vorperiode nach Rücklagenentnahme. Die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH schloss mit der ÖBB-Personenverkehr AG im Februar 2011 für den Bund einen neuen Verkehrsdienstvertrag ab.

TZ 3

Der Vertrag entfaltete seine Wirksamkeit rückwirkend ab April 2010 und gilt bis Ende 2019. Bis September 2010 galt der alte Verkehrsdienstevertrag zwischen BMVIT und der ÖBB-Personenverkehr AG aus dem Jahr 2009 weiter; ab Oktober 2010 trat ein vertragsloser Zustand ein, der im Haushaltsjahr 2010 keine weiteren Zahlungen zuließ. Die entsprechenden Nachzahlungen konnten somit erst nach Abschluss des neuen Verkehrsdienstevertrages im Haushaltsjahr 2011 zur Anweisung gelangen (+ 158,00 Mill. EUR). Weiters waren an die ÖBB-Personenverkehr AG gemäß dem neuen Verkehrsdienstevertrag Zahlungen aus der Wertsicherung des Abgeltungsbetrages nach Wegfall der Energieabgabenrückvergütung zu leisten (+ 15,00 Mill. EUR). Überdies erfolgten zusätzliche Leistungsbestellungen bei der ÖBB-Personenverkehr AG aufgrund des Abschlusses einer Grundsatzvereinbarung mit dem Land Niederösterreich bezüglich der Übergabe von Eisenbahnstrecken an das Land Niederösterreich sowie der Finanzierung des in Niederösterreich erbrachten Schienenverkehrs (+ 7,90 Mill. EUR).

+ 180,74 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Leistungen gemäß § 3 Privatbahngesetz 2004 infolge nicht zeitgerecht erfolgter und damit fehlender Abschlüsse von Verkehrsdiensteverträgen.

Trotz vorhandener Vertragsschablone ergaben sich bei einzelnen Privatbahnunternehmen Unklarheiten hinsichtlich der bereitzustellenden Leistungsdaten (Datenmenge und Datenqualität), die zu Verzögerungen bei der Datenübermittlung führten.

- 2,91 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligungen:

15.000.000,- EUR; BMF-112913/0021-II/10/2011 v. 28.03.2011

165.741.552,70 EUR; BMF-112913/0136-II/10/2011 v. 29.08.2011

1/4117 Post und Telekom

1/41178 Gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen)

- 9,61 Mill. EUR

Minderausgaben resultierten aus der mit 16. Juni 2011 erlassenen Änderung der Fernsprechentgeltzuschussverordnung, welche zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht berücksichtigt werden konnte, sowie aus dem geänderten Antragstellungsverhalten der Zuschussberechtigten von Telefonentgeltbefreiungen.

- 9,30 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/412	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/41266	Förderungen an Privatbahnen	- 15,45 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Investitionsförderungsbeiträgen nach dem Privatbahngesetz 2004 auf Grund fehlender Infrastrukturfinanzierungsverträge, weswegen keine Zahlungen durchgeführt werden konnten und wegen teilweise fehlender Nachweise für die Erbringung der Kofinanzierungsbeiträge der Länder. Dadurch musste vertragsgemäß eine Zahlung von 70 % der Jahressumme zurückgehalten werden. Davon waren unter Anderen betroffen: Die NÖVOG (Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft m.b.H.) betreffend Schmalspurbahnen in Niederösterreich (- 3,46 Mill. EUR), die Graz-Köflacher Bahn (- 2,16 Mill. EUR), die Linzer Lokalbahnen AG (- 1,88 Mill. EUR), die Salzburg AG betreffend Salzburger Lokalbahn (- 1,75 Mill. EUR) und Pinzgauer Lokalbahn (- 1,25 Mill. EUR), die Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn (- 1,09 Mill. EUR) sowie die Montafoner Bahn AG (- 1,05 Mill. EUR).	- 15,45 Mill. EUR
1/4127	Klima- und Energiefonds	
1/41278	Aufwendungen	- 14,76 Mill. EUR
	Minderausgaben infolge von Verzögerungen bei mehrjährigen Projekten des Klima- und Energiefonds, wodurch sich budgetierte Zahlungen in die Folgejahre verschieben werden. Betroffen waren vor allem die Projekte: „Neue Energien 2020“, „Technologische Leuchttürme der e-Mobilität“, „Innovationen für grüne und effiziente Mobilität“ und „Smart Energy“.	- 14,76 Mill. EUR
1/414	Wasserbauverwaltung	
1/4146	Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/41466	Förderungen	+ 8,59 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge eines erhöhten Bedarfs bei Hochwasserschutzbauten im Raum Wien sowie in Niederösterreich. In den Anfangsjahren der Umsetzung des Art. 15 a B-VG-Vertrages zu Hochwasserschutzprojekten fielen geringere Baukosten an als budgetiert (Anlaufphase). Wesentliche Projekte wurden erst ab dem Budgetjahr 2009 verstärkt schlagend.	+ 8,59 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

III.966.689.- EUR; BMF-III2913/022-III/10/2011 v. 29.03.2011



## TZ 3

1/41468	Aufwendungen	- 25,39 Mill. EUR
	Minderausgaben für vorbeugende Maßnahmen im Fluss- und Hochwasserschutzbau infolge von Projektverzögerungen bzw. -verschiebungen.	
	Diese Projektverzögerungen resultierten aus Projektoptimierungen und Neu-Ausschreibungen, wodurch sich Vorhaben zwar vergünstigten, aber erst verzögert gestartet werden konnten, weiters durch Verzögerungen beim Projektmanagement (Marchdammsanierung) sowie durch das verspätete Einlangen behördlicher Genehmigungen (Pilotprojekt Bad Deutsch Altenburg).	- 25,39 Mill. EUR
1/41449	via Donau - ÖWG	
1/41498	Aufwendungen	- 9,60 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Zahlungen an die via Donau gemäß § 18 Abs. 3 Wasserstraßengesetz. Bei Projekten der laufenden Wasserstraßenerhaltung entstanden sie infolge von Vorhabenverzögerungen bzw. -verschiebungen (- 4,65 Mill. EUR), durch Projektkostenreduktionen infolge von Effizienzsteigerungen im Rahmen des flussbaulichen Gesamtprojektes (- 4,00 Mill. EUR) sowie infolge des Abbaus eines aus dem Vorjahr bestehenden Guthabens aus dem Nationalen Aktionsplan Schifffahrt (- 1,24 Mill. EUR).	- 9,89 Mill. EUR
1/416	Bundesstraßenverwaltung	
1/4163	Bundesstraßen A+S	
1/41633	Anlagen	- 50,40 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Ausgaben für den Liegenschaftserwerb der ASFINAG infolge des verzögerten Planungsfortschritts bei Straßenprojekten (insbesondere gegenüber der ursprünglichen Planung abweichende Evaluierungsergebnisse im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Naturschutzverfahren), wodurch Teile des geplanten Liegenschaftserwerbs verschoben werden mussten. Von den Planungsverzögerungen betroffen waren beispielsweise die S1 (Wiener Außenring-Schnellstraße, Schwechat-Süßenbrunn) und die S7 (Fürstenfelder Schnellstraße, Abschnitt West).	- 50,40 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### 2/41 **Verkehr, Innovation und Technologie**

2/411 Bundesministerium (Zweckaufwand)

2/4113 Kapitalbeteiligungen

2/41134 Erträge + 76,50 Mill. EUR

Mehreinnahmen infolge einer Dividendenausschüttung der ASFINAG an die Eigentümer. + 76,50 Mill. EUR

2/416 Bundesstraßenverwaltung

2/41604 Erfolgswirksame Einnahmen + 8,80 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus den Strafgeldzahlungen aufgrund des Fehlverhaltens der Kraftfahrzeuglenker und infolge der erhöhten Intensität von Straßenverkehrskontrollen. + 8,81 Mill. EUR

TZ 3

**Untergliederung 42: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft****Ausgaben**

In der Untergliederung 42 betragen die Ausgaben 2.033,77 Mill. EUR und somit 3,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.140,90 Mill. EUR wurden 107,13 Mill. EUR (- 5,0 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 3,95 Mill. EUR (- 2,4 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 103,19 Mill. EUR (- 5,2 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag im Zusammenhang mit EU-Mitteln (ELER) (insgesamt - 64,60 Mill. EUR) und mit Bundesmitteln (insgesamt - 54,19 Mill. EUR) entstanden durch geänderte Auszahlungsmodalitäten bei Agrarumweltmaßnahmen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag, hauptsächlich für nationale Marktordnungsmaßnahmen, entstanden durch die von 2010 auf 2011 verschobene Auszahlung der Milchkuhprämie (+ 8,32 Mill. EUR).

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 212,83 Mill. EUR und somit 0,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 204,40 Mill. EUR wurden 8,43 Mill. EUR (+ 4,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entfielen auf Gewinnausschüttungen diverser Gesellschaften (+ 6,35 Mill. EUR) sowie auf Mittel des Katastrophenfonds für vorbeugende Maßnahmen (insgesamt + 6,20 Mill. EUR).

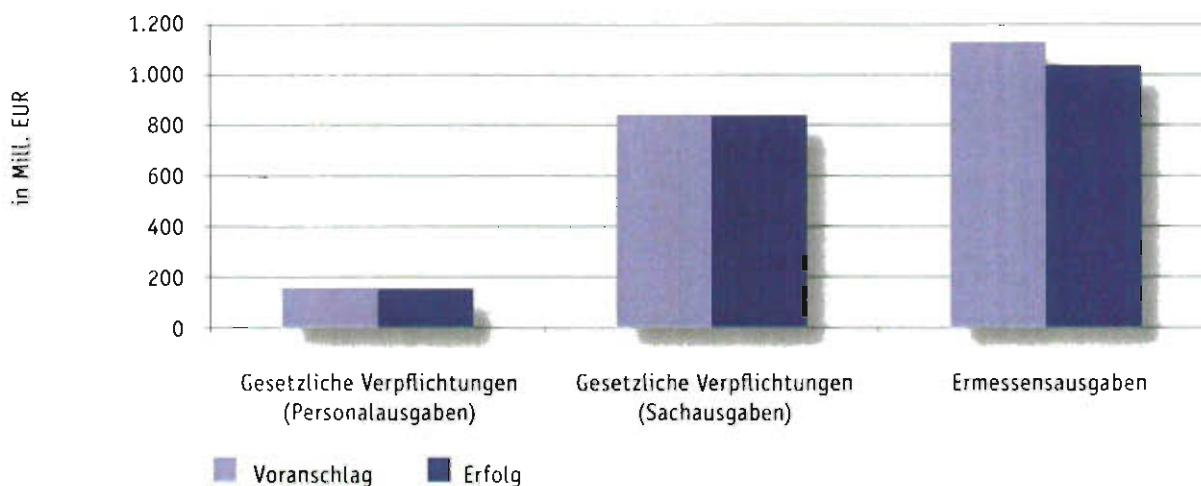
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag im Bereich Zentralleitung: Die budgetierten Einnahmen konnten durch den starken Rückgang, vor allem bei sonstigen Erträgen, nicht erzielt werden (- 9,55 Mill. EUR).

**Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:**

Untergliederung 42	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Personalausgaben	162,67	158,72	- 3,95	- 2,4
Sachausgaben	1.978,23	1.875,04	- 103,19	- 5,2
Gesetzliche Verpflichtungen	844,59	838,83	- 5,76	- 0,7
Ermessensausgaben	1.133,64	1.036,21	- 97,43	- 8,6
<b>Summe</b>	<b>2.140,90</b>	<b>2.033,77</b>	<b>- 107,13</b>	<b>- 5,0</b>
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,1	3,0		



## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	in Mill. EUR		in %	
1/.	<b>Ausgaben</b>				
420	BM f. Land- u. Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft	185,64	188,21	+ 2,56	+ 1,4
421	Förderung d. Land- u. Forstwirtschaft, u. d. Ernährungswesens	31,23	34,46	+ 3,23	+ 10,3
422	Förd. d. Fischereiwirtschaft u. agrarische Strukturförderung	1,48	- 2,22	- 3,70	- 250,2
423	Marktordnungsmaßnahmen	769,54	764,82	- 4,73	- 0,6
424	Entwicklung des ländlichen Raumes	834,29	713,19	- 121,11	- 14,5
425	Lehr- und Versuchsanstalten	87,62	99,73	+ 12,11	+ 13,8
426	Sonstige Einrichtungen des Schul- und Bildungswesens	39,56	43,85	+ 4,29	+ 10,8
427	Maßn. f. Schutzwasserbau u. Lawinenverb. u. sonst. Maßn. WRG 1959	176,85	176,82	- 0,03	- 0,0
428	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	14,67	14,92	+ 0,25	+ 1,7
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>2.140,90</b>	<b>2.033,77</b>	<b>- 107,13</b>	<b>- 5,0</b>
2/.	<b>Einnahmen</b>				
420	BM f. Land- u. Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft	50,39	48,30	- 2,09	- 4,1
421	Förderung d. Land- u. Forstwirtschaft, u. d. Ernährungswesens	0,03	0,76	+ 0,73	+ 2.516,3
422	Förd. d. Fischereiwirtschaft u. agrarische Strukturförderung	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
423	Marktordnungsmaßnahmen	1,21	0,10	- 1,11	- 91,9
425	Lehr- und Versuchsanstalten	10,29	15,35	+ 5,06	+ 49,1
426	Sonstige Einrichtungen des Schul- und Bildungswesens	0,02	0,03	+ 0,01	+ 45,6
427	Maßn. f. Schutzwasserbau u. Lawinenverb. u. sonst. Maßn. WRG 1959	140,64	146,83	+ 6,19	+ 4,4
428	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	1,83	1,47	- 0,35	- 19,2
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>204,40</b>	<b>212,83</b>	<b>+ 8,43</b>	<b>+ 4,1</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 1.936,50</b>	<b>- 1.820,93</b>	<b>+ 115,57</b>	<b>- 6,0</b>

TZ 3

**1/42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft**

1/421 Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens

1/42126 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen + 7,99 Mill. EUR

Mehrausgaben für Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung im Bereich der Landwirtschaftskammern (+ 3,38 Mill. EUR), der Wirtschaft (+ 1,14 Mill. EUR) und im Institutionellen Bereich (+ 1,76 Mill. EUR), die u.a. für Gesundheitsdienste (Bekämpfung von Tierkrankheiten, Zuchtprogramme zur Sicherung und Erhaltung von gefährdeten heimischen Nutztierassen, Leistungsprüfung und Zucht tierbeurteilung) verwendet wurden.

+ 6,28 Mill. EUR

Mehrausgaben bei der Förderung landtechnischer Maßnahmen aufgrund des geänderten Antragsverhaltens und weil bei Ermessensförderungen zum Budgetstellungszeitpunkt Antragsteller und Förderhöhe noch nicht bekannt waren.

+ 1,35 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligungen:

1.810.213,- EUR; BMF-112913/0019-II/10/2011 v. 11.04.2011

720.000,- EUR; BMF-112913/0143-II/10/2011 v. 14.09.2011

1.058.000,- EUR; BMF-112913/0321-II/10/2011 v. 29.12.2011

4.500.000,- EUR; BMF-112913/0143-II/10/2011 v. 14.09.2011

1/4216 Land- und forstwirtschaftliche Kredite

1/42166 Förderungen - 7,62 Mill. EUR

Minderausgaben bei Zinszuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (- 3,72 Mill. EUR) und bei Zinszuschüssen für das EU-Fitnessprogramm ab 1995 (- 1,70 Mill. EUR) aufgrund des sukzessiven Auslaufens dieser Maßnahmen sowie des derzeit niedrigen Zinsniveaus. Bei Budgeterstellung konnte nicht genau abgeschätzt werden, wie viele Kredite auslaufen würden.

- 5,42 Mill. EUR

Minderausgaben bei Zinszuschüssen für Konsolidierungskredite ab 1995 aufgrund einer Richtlinienänderung (nach Budgeterstellung) und dem daraus resultierenden Rückgang der Konsolidierungsfälle des derzeit niedrigen Zinsniveaus.

- 1,85 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/423	Marktordnungsmaßnahmen	
1/42304	EGFL (Betriebsprämie), Überweisung an die AMA (variabel)	- 10,60 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der einheitlichen Betriebsprämie (gemäß VO (EU) Nr. 73/2009), da gemäß der EU-Rechtsvorgaben eine Auszahlung erst nach Abschluss der Vor-Ort-Kontrollen bzw. der Einarbeitung der Ergebnisse erfolgen kann. Nachdem die Kontrollen nicht zur Gänze abgeschlossen waren, musste die Auszahlung für mehr als 1.100 Betriebe gesperrt werden und erfolgt erst im Jahr 2012. Die Berechnung des für den Budgetvoranschlag festgelegten Betrages erfolgte aufgrund der Obergrenze (gemäß VO (EU) Nr. 680/2011).	- 10,12 Mill. EUR
1/42356	Nationale Marktordnungsmaßnahmen	+ 8,74 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei Milchkuhprämien (gemäß Artikel 182 der VO (EU) 1234/2007), da die Auszahlung der Milchkuhprämie bereits für das Jahr 2010 vorgesehen war, aber aufgrund der EU-Vorgaben (Abschluss der Kontrollen) erst im Februar 2011 erfolgen konnte. Der Gesamtbetrag für die Milchkuhprämie (wird in Artikel 69 Abs. 4 der VO (EU) 73/2009 festgelegt) beträgt 26,10 Mill. EUR. Davon können maximal 55 % (gemäß Artikel 182 Abs. 7 der VO (EU) Nr. 1234/2007) national finanziert werden (60 % Bundesmittel und 40 % Landesmittel).	+ 8,32 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen: 8.520.000,- EUR; BMF-112913/0005-II/10/2011 v. 09.02.2011 226.580,25 EUR; BMF-112913/0155-II/10/2011 v. 29.09.2011	
1/424	Entwicklung des ländlichen Raumes	
1/4240	ELER (EU-Mittel)	
1/42406	Förderungen (variabel)	- 64,60 Mill. EUR
	Minderausgaben für Agrarumweltmaßnahmen (- 44,46 Mill. EUR) und für Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten (- 16,59 Mill. EUR) aufgrund der geänderten Auszahlungsmodalitäten (Umstellung von einer Gesamtauszahlung auf zwei Teilauszahlungen - davon eine im Jahr 2012) im Rahmen der Achse 2 des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums.	- 61,05 Mill. EUR
	Minderausgaben für sonstige Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung aufgrund des schwer abschätzbaren Antrags- und Umsetzungsverhaltens der Förderwerber.	- 3,55 Mill. EUR



TZ 3

1/4241	Bundesmittel	
1/42416	Förderungen	- 54,19 Mill. EUR
	Minderausgaben für Agrarumweltmaßnahmen (- 41,32 Mill. EUR) und für Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten (- 7,09 Mill. EUR) aufgrund der geänderten Auszahlungsmodalitäten (Umstellung von einer Gesamtauszahlung auf zwei Teilauszahlungen - davon eine im Jahr 2012) im Rahmen der Achse 2 des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums.	- 48,41 Mill. EUR
	Minderausgaben für sonstige Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung aufgrund des schwer abschätzbaren Antrags- und Umsetzungsverhaltens der Förderwerber.	- 5,78 Mill. EUR
<b>2/42</b>	<b>Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</b>	
2/420	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	
2/4200	Zentraleitung	
2/42004	Erfolgswirksame Einnahmen	- 9,55 Mill. EUR
	Die aufgrund der Einnahmen-Vorgaben des BMF in dieser Höhe festgelegten budgetierten Einnahmen konnten durch den starken Rückgang, vor allem bei sonstigen Erträgen, nicht in diesem Umfang erwirtschaftet werden.	- 9,55 Mill. EUR
2/4202	Beteiligungen, Abgeltungen	
2/42024	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 6,35 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Erträgen aus Kapitalbeteiligungen aufgrund der Gewinnausschüttungen der ÖBf AG (19,37 Mill. EUR Dividende gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 12.05.2011 der Österreichischen Bundesforste AG) und BVW GmbH (4,83 Mill. EUR Dividende gemäß Generalversammlungsbeschluss vom 04.07.2011 der Landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften GmbH). Diese Gewinnausschüttungen wurden aufgrund der Ertragslage in den Haupt-/Generalversammlungen dieser Kapitalgesellschaften für 2011 beschlossen und waren zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt.	+ 6,35 Mill. EUR

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/427	Maßnahmen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung und sonstige Maßnahmen WRG 1959	
2/42710	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	+ 6,20 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Bauaufwand für vorbeugende Maßnahmen bei Bundesflüssen aufgrund der Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben, die durch Sofortmaßnahmen nach Hochwasserereignissen (Wölzerbach Steiermark) getätigt werden mussten (+ 3,30 Mill. EUR), sowie durch ein notwendig gewordenes Projekt an der Oberen Traun, wodurch der Hochwasserabfluss oberhalb der Stadt Bad Ischl vergrößert wurde (+ 0,50 Mill. EUR).	+ 3,81 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Bundeszuschuss für vorbeugende Maßnahmen bei der Wildbach- und Lawinenverbauung aufgrund erforderlicher Sanierungsmaßnahmen, da massive Starkniederschläge vor allem in der Steiermark große Schäden angerichtet haben.	+ 1,30 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Bundeszuschüssen für vorbeugende Maßnahmen bei Interessentengewässern aufgrund der Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben, die durch aktuell erforderliche Maßnahmen zur Grundwassersenkung (im Tullnerfeld und zum Schutz des Grazer Stadtgebietes) notwendig wurden (+ 0,70 Mill. EUR) sowie für Sofortmaßnahmen nach Hochwasserereignissen (Wölzerbach Steiermark) (+ 0,40 Mill. EUR).	+ 1,10 Mill. EUR

TZ 3

**Untergliederung 43: Umwelt****Ausgaben**

In der Untergliederung 43 betragen die Ausgaben 677,99 Mill. EUR und somit 1,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 845,60 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 167,61 Mill. EUR (- 19,8 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Handel von Emissionsrechten wegen des gesunkenen Preises von CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten (- 68,78 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben bei der allgemeinen Umweltförderung, da die Auszahlung einzelner Förderprojekte verschoben wurde oder wegen Nichtumsetzung entfiel (insgesamt - 53,97 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend für umweltpolitische Maßnahmen: Infolge von Budgetrestriktionen wurden diverse Vorhaben nicht veranschlagt, durch Rücklageentnahmen und Umschichtungen aber dennoch finanziert (insgesamt + 10,98 Mill. EUR).

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 337,01 Mill. EUR und somit 0,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 352,50 Mill. EUR wurden 15,49 Mill. EUR (- 4,4 %) weniger eingenommen.

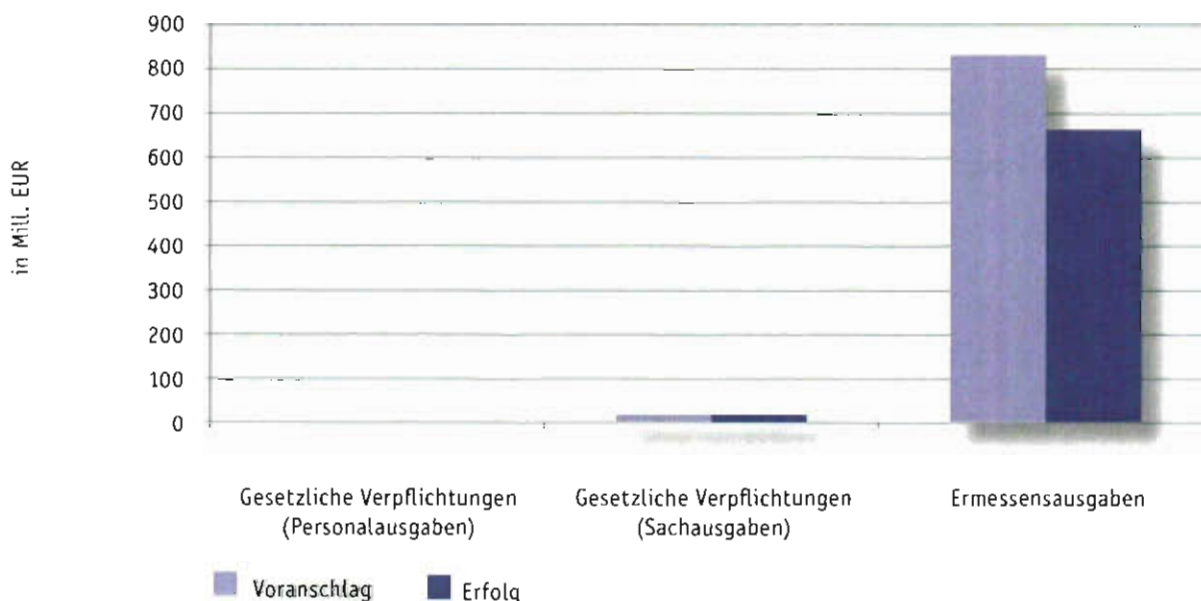
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag fielen durch geringere Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen aufgrund eines geringeren Liquiditätsbedarfs in der Wasserwirtschaft an (insgesamt - 10,72 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 43	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben	845,60	677,99	- 167,61	- 19,8
Gesetzliche Verpflichtungen	16,30	16,54	+ 0,24	+ 1,5
Ermessensausgaben	829,30	661,45	- 167,85	- 20,2
<b>Summe</b>	<b>845,60</b>	<b>677,99</b>	<b>- 167,61</b>	<b>- 19,8</b>
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,2	1,0		



## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
43	Umwelt	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
430	Bundesministerium; Zentraleitung	23,74	22,62	- 1,11	- 4,7
431	Umweltschutz	821,86	655,37	- 166,50	- 20,3
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>845,60</b>	<b>677,99</b>	<b>- 167,61</b>	<b>- 19,8</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
430	Bundesministerium; Zentraleitung	0,05	0,06	+ 0,00	+ 4,4
431	Umweltschutz	352,45	336,96	- 15,49	- 4,4
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>352,50</b>	<b>337,01</b>	<b>- 15,49</b>	<b>- 4,4</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 493,10</b>	<b>- 340,98</b>	<b>+ 152,12</b>	<b>- 30,9</b>

TZ 3

<b>1/43</b>	<b>Umwelt</b>	
1/431	Umweltschutz	
1/4310	Umweltpolitische Maßnahmen	
1/43108	Aufwendungen	+ 10,98 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen in den Bereichen elektronisches Datenmanagement (+ 3,32 Mill. EUR), Klimaschutz (+ 2,44 Mill. EUR), Energie (+ 1,00 Mill. EUR), Umwelttechnik (+ 1,00 Mill. EUR) sowie Luftreinhaltung (+ 0,35 Mill. EUR). Diese Vorhaben wurden aufgrund der Budgetrestriktionen nicht veranschlagt, sind aber durch Rücklageentnahmen und Umschichtungen dennoch finanziert worden.	+ 9,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Schadensvergütungen im Rahmen eines Amtshaftungsverfahrens für eine rechtswidrige Schließung eines bleiverarbeitenden Betriebes.	+ 2,88 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 2,564.000,- EUR; BMF-112913/0091-II/9/2011 v. 18.07.2011 8,998.000,- EUR; BMF-112913/0182-II/9/2011 v. 24.10.2011 495.300,- EUR; BMF-112913/0296-II/9/2011 v. 21.12.2011	
1/4311	Ersatzvornahmen und Sofortmaßnahmen	
1/43118	Aufwendungen	- 8,26 Mill. EUR
	Minderausgaben durch Verzögerungen bei der Vorhabensdurchführung aufgrund noch nicht abgeschlossener Behördenverfahren betreffend die Großprojekte „Räumung ABS-Gelände-Stockerau“, „Semax-Deponie Stockerau“ sowie „Going Hintereben-Stanglwirt“.	- 8,26 Mill. EUR
1/4313	Wasserwirtschaft gemäß UFG (zweckgebundene Gebarung)	
1/43136	Förderungen	- 9,15 Mill. EUR
	Minderausgaben, da mehrere Projekte kostengünstiger errichtet wurden und somit die Investitionszuschüsse im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft geringer ausfielen; aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Situation vieler Gemeinden werden auch viele Projekte zeitverzögert umgesetzt. Im Jahre 2011 erfolgten über 22.790 Einzelauszahlungen.	- 9,15 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/4314	Umweltförderung im In- und Ausland	
1/43146	Förderungen	- 53,97 Mill. EUR
	<p>Minderausgaben bei der allgemeinen Umweltförderung, da die Auszahlung einzelner Förderprojekte aufgrund von förder-technischen Änderungen im Auszahlungsverlauf verschoben wurde oder wegen Nichtumsetzung entfiel. Im Jahr 2011 wurden rund 2.420 Förderungen mit einem Fördervolumen von rund 83,70 Mill. EUR zugesprochen, rund 53,63 Mill. EUR gelangten zur Auszahlung.</p> <p>Im Jahr 2011 betrug das Fördervolumen an private Haushalte rund 64,60 Mill. EUR (rund 16.110 Einzelfälle mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von rund 4.010 EUR), an Unternehmen wurde ein Fördervolumen von rund 29,50 Mill. EUR vergeben (764 Einzelfälle mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von etwa 38.613 EUR). Zur Auszahlung gelangten rund 27,12 Mill. EUR, da ein Großteil erst in den Folgejahren fällig wird.</p> <p>Mehrausgaben durch Umschichtungen von Investitionszuschüssen für die regionale Entwicklung im Zuge der Verrechnung von nationalen Fördermittelanteilen aus EFRE-Programmen, da der Bedarf im Budgetierungszeitpunkt noch nicht abschätzbar war.</p> <p>Mehrausgaben durch Umschichtungen von landwirtschaftlichen Investitionsförderungen im Zuge der Verrechnung von nationalen Fördermittelanteilen aus ELER-Programmen, da der Bedarf im Budgetierungszeitpunkt noch nicht abschätzbar war.</p> <p>Überschreibungsbewilligung: 50.000.000,- EUR; BMF-112913/0301-11/9/2011 v. 22.12.2011</p>	<p>- 38,90 Mill. EUR</p> <p>- 22,88 Mill. EUR</p> <p>+ 5,81 Mill. EUR</p> <p>+ 4,00 Mill. EUR</p>
1/4316	JI/CDM-Programm	
1/43168	Aufwendungen	- 17,03 Mill. EUR
	<p>Minderausgaben für Entgelte für die Lieferung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten. Derartige Lieferverzögerungen können aus vielfältigen Gründen bei den Projekten selbst oder durch die gesunkenen Preise von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten entstehen.</p>	<p>- 17,03 Mill. EUR</p>



TZ 3

1/4317	Klima- und Energiefonds	
1/43178	Aufwendungen	- 17,71 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds, da die Auszahlungen entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten. Zahlungen aus folgenden laufenden, längerfristigen Programmen werden unter anderem erst in den Folgejahren fällig:	- 17,71 Mill. EUR
	- Multimodaler Verkehr (- 9,50 Mill. EUR)	
	- Photovoltaik Förderaktion (- 3,70 Mill. EUR)	
	- Solarthermie (- 1,50 Mill. EUR)	
	- Klima und Energie Modellregion (- 3,00 Mill. EUR)	
1/43188	Flexible Reserve Emissionshandel	- 68,78 Mill. EUR
	Minderausgaben beim Handel von Emissionsrechten aufgrund des gesunkenen Preises von CO <sub>2</sub> -Emissionszertifikaten und aufgrund des geringeren Bedarfes der Zuteilung an CO <sub>2</sub> -Zertifikaten, da einige Anlagen mit Zuteilungsbescheid noch nicht in Betrieb sind. Dem Voranschlag liegt die Annahme zugrunde, dass für 3,90 Mill. Tonnen CO <sub>2</sub> -Zertifikate zu einem Preis von 25 EUR/Tonne gekauft werden müssen. Tatsächlich wurden nur Zertifikate für 1,90 Mill. Tonnen zu einem Durchschnittspreis von 12,80 EUR/Tonne CO <sub>2</sub> -Äquivalent gekauft.	- 68,78 Mill. EUR
<b>2/43</b>	<b>Umwelt</b>	
2/431	Umweltschutz	
2/4313	Wasserwirtschaft gemäß UFG (zweckgebundene Gebarung)	
2/43130	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	- 10,72 Mill. EUR
	Geringere Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen (Sonderkonto) entsprechend des geringeren Liquiditätsbedarfs beim korrespondierenden Ausgabenansatz.	- 7,98 Mill. EUR
	Geringere Überweisungen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds entsprechend des geringeren Liquiditätsbedarfs der Abwicklungsstelle beim korrespondierenden Ausgabenansatz.	- 2,75 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### Untergliederung 44: Finanzausgleich

#### Ausgaben

In der Untergliederung 44 betragen die Ausgaben 689,28 Mill. EUR und somit 1,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 719,21 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 29,93 Mill. EUR (- 4,2 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Bedarfszuweisungen an Länder infolge der nicht erfolgten Umstellung der Glücksspielautomaten auf die Glücksspielreform 2011 (- 20,00 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen von Mitteln des Katastrophenfonds für vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasser- und Lawenschäden (insgesamt - 12,90 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag aufgrund einer zwischen Bund und Ländern getroffenen Vereinbarung betreffend die Gewährung von Zweckzuschüssen zur Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze (+ 10,00 Mill. EUR).

#### Einnahmen

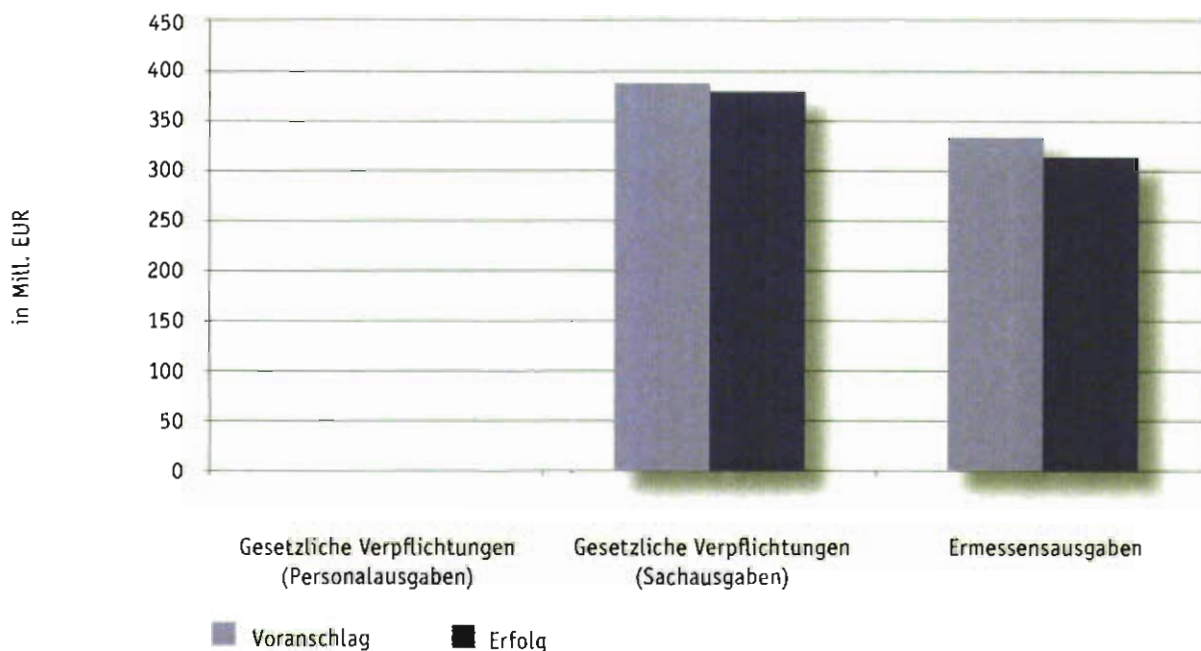
Die Einnahmen betragen 484,88 Mill. EUR und somit 0,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 471,36 Mill. EUR wurden 13,52 Mill. EUR (+ 2,9 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag durch die höhere Mittelabschöpfung zu Gunsten des allgemeinen Budgets gemäß § 5 Abs. 1 Katastrophenfondsgesetz (+ 10,04 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 44	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben	719,21	689,28	- 29,93	- 4,2
Gesetzliche Verpflichtungen	386,78	376,75	- 10,04	- 2,6
Ermessensausgaben	332,43	312,53	- 19,89	- 6,0
<b>Summe</b>	<b>719,21</b>	<b>689,28</b>	<b>- 29,93</b>	<b>- 4,2</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>		

TZ 3



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
44	Finanzausgleich	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
440	Leistungen an Länder und Gemeinden	211,33	191,18	- 20,15	- 9,5
442	Zweckzuschüsse des Bundes I	176,56	180,26	+ 3,70	+ 2,1
443	Zweckzuschüsse des Bundes II	0,00	6,00	+ 6,00	+ 599.900,0
444	Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	331,31	311,84	- 19,47	- 5,9
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>719,21</b>	<b>689,28</b>	<b>- 29,93</b>	<b>- 4,2</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
442	Zweckzuschüsse u. Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze	140,05	137,69	- 2,36	- 1,7
444	Katastrophenfonds (zweckgeb. Einnahmen)	331,31	337,14	+ 5,83	+ 1,8
449	Einnahmen aus Abfuhren gem. KatFG	0,00	10,05	+ 10,04	+ 1.004.449,2
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>471,36</b>	<b>484,88</b>	<b>+ 13,52</b>	<b>+ 2,9</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 247,85</b>	<b>- 204,40</b>	<b>+ 43,45</b>	<b>- 17,5</b>





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### 1/44 **Finanzausgleich**

#### 1/440 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/44027 Bedarfszuweisung an Länder (variabel) - 20,00 Mill. EUR

Minderausgaben infolge Unterbleibens der Gewährung von Bedarfszuweisungen an die potentiell anspruchsberechtigten Länder ("Erlaubnisländer" für das kleine Glücksspiel) aufgrund der nicht erfolgten Umstellung der Glücksspielautomaten auf die Glücksspielreform 2011 (§ 22 Z 1 und 2 FAG 2008) und der Entwicklung der Anzahl der „alten“ Landesautomaten (§ 22 Z 2a FAG 2008).

- 20,00 Mill. EUR

#### 1/442 Zweckzuschüsse des Bundes I

1/44257 Zweckzuschuss für Kinderbetreuung und Sprachförderung + 10,00 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund eines neu geschaffenen Zweckzuschusses (§ 23 Abs. 4a FAG 2008) durch Abschluss einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern betreffend die Gewährung von Zweckzuschüssen zur Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze.

+ 10,00 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

10.000.000,- EUR; BMF-112913/0304-II/3/11 v. 21.12.2011

#### 1/443 Zweckzuschüsse des Bundes II

1/44307 Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen + 6,00 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund der Gewährung eines Zweckzuschusses an das Land Burgenland aus Anlass der 90-jährigen Zugehörigkeit zu Österreich, für Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung, der Wirtschaft, des Sozialwesens und von Jugend, Kultur- und Bildungsprojekten (BGBl. I Nr. 47/2011).

+ 4,00 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund der Gewährung eines Zweckzuschusses an das Land Kärnten aus Anlass der 90. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung, zur Förderung der slowenischsprachigen Bevölkerung und zur Unterstützung von Projekten, die dem harmonischen Zusammenleben dienlich sind (BGBl. I Nr. 48/2011).

+ 2,00 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

5.999.000,- EUR; BMF-112913/0167-II/3/11 v. 20.10.11

TZ 3

1/444	Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/44408	Aufwendungen (variabel)	- 12,90 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen von Mitteln durch Länder, Gemeinden und für Privatschäden im Zusammenhang mit vorbeugenden Maßnahmen gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (- 13,72 Mill. EUR) sowie für Schäden im Vermögen der Gemeinden (- 7,30 Mill. EUR) und privater Personen (- 2,65 Mill. EUR).	- 23,67 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund höherer Mittelanforderungen für den Ankauf von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren (+ 10,12 Mill. EUR) sowie für Schäden im Vermögen des Bundes (+ 2,42 Mill. EUR).	+ 12,54 Mill. EUR
1/44418	Schäden an Landesstraßen (variabel)	- 7,49 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund weit verminderter Anforderungen als vorgesehen. Grundsätzlich stehen für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von außergewöhnlichen Schäden an Straßen, welche im Jahr 2002 vom Bund an die Länder übertragen wurden, 10 Millionen EUR jährlich zur Verfügung.	- 7,49 Mill. EUR
<b>2/44</b>	<b>Finanzausgleich</b>	
2/444	Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	
2/44400	Dotierung des Katastrophenfonds	+ 5,83 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund höheren Aufkommens von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie aufgrund einer Transferzahlung von der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt. Die Rückzahlung der Österreichischen Hagelversicherung resultiert aus der nachträglichen Abrechnung der Vorauszahlungen des Bundes und den tatsächlich zu leistenden Versicherungsprämien gemäß Katastrophenfondsgesetz.	+ 5,83 Mill. EUR
2/44904	Einnahmen aus Abfuhr gemäß Katastrophenfonds-Gesetz	+ 10,04 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund höherer Mittelabschöpfung zu Gunsten des allgemeinen Budgets gemäß § 5 (1) Katastrophenfondsgesetz.	+ 10,04 Mill. EUR

**Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen****Untergliederung 45: Bundesvermögen****Ausgaben**

In der Untergliederung 45 betragen die Ausgaben 1.563,11 Mill. EUR und somit 2,3 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.936,26 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 373,16 Mill. EUR (- 19,3 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen Zahlungen aus Finanzhaftungen: Wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden höhere Schadenszahlungen erwartet, die aber nicht in vollem Umfang eintraten (- 354,66 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben entstanden i.Z.m. dem Ausführfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG), weil infolge des starken CHF geringere Kursverluste zu verzeichnen waren (insgesamt - 43,17 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden für Darlehen an das Ausland, weil die Auszahlung des dritten Darlehens an Griechenland von Dezember 2010 auf Jänner 2011 verschoben wurde (+ 108,56 Mill. EUR).

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 1.035,60 Mill. EUR und somit 1,6 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.258,72 Mill. EUR wurden 223,12 Mill. EUR (- 17,7 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag sind auf die Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen und auf geringere Rückersätze aus Haftungsinanspruchnahmen im Umschuldungsbereich (- 314,94 Mill. EUR) zurückzuführen. Weitere Mindereinnahmen resultierten aus geringeren Haftungsentgelten gemäß AusfFG (insgesamt - 52,97 Mill. EUR) sowie aus geringeren Fruchtgenusszahlungen seitens der ASFINAG (- 50,40 Mill. EUR).

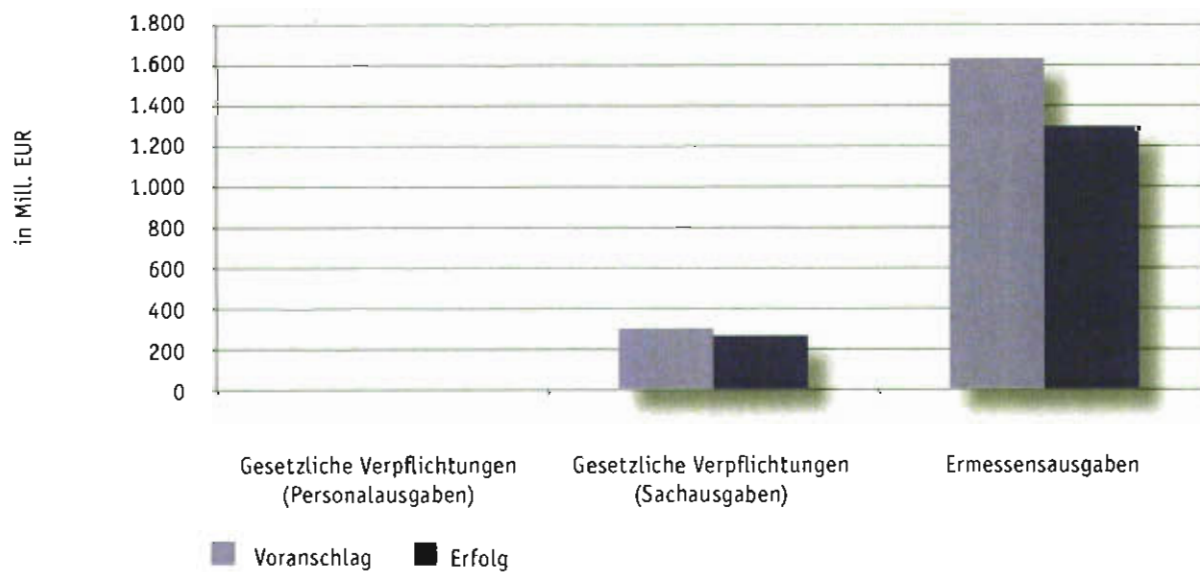
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag sind auf die Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldenstreichungen zurückzuführen (+ 109,00 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen wurden aus der, höher als bei BVA-Erstellung angenommenen, Gewinnabfuhr der OeNB erzielt (+ 67,26 Mill. EUR).



TZ 3

## Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 45	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben	1.936,26	1.563,11	- 373,16	- 19,3
Gesetzliche Verpflichtungen	302,97	265,07	- 37,90	- 12,5
Ermessensausgaben	1.633,29	1.298,03	- 335,26	- 20,5
<b>Summe</b>	<b>1.936,26</b>	<b>1.563,11</b>	<b>- 373,16</b>	<b>- 19,3</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>2,8</b>	<b>2,3</b>		





BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
45	Bundesvermögen		in Mill. EUR		in %
1/..	Ausgaben				
450	Kapitalbeteiligung	283,43	251,38	- 32,05	- 11,3
451	Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)	0,13	0,07	- 0,06	- 45,0
452	Bundesarlehen	839,37	947,56	+ 108,19	+ 12,9
454	Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	0,01	1,59	+ 1,58	+ 13.161,8
455	Einziehungen zum Bundesschatz	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
456	Unbewegliches Bundesvermögen	7,00	8,00	+ 0,99	+ 14,2
457	Haftungsübernahmen des Bundes	713,22	275,28	- 437,94	- 61,4
458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	93,11	79,24	- 13,87	- 14,9
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>1.936,26</b>	<b>1.563,11</b>	<b>- 373,16</b>	<b>- 19,3</b>
2/..	Einnahmen				
450	Kapitalbeteiligung (Erträge)	467,55	495,52	+ 27,98	+ 6,0
451	Kapitalbeteiligung (Erlöse)	0,01	0,00	- 0,01	- 100,0
452	Bundesarlehen	35,56	61,59	+ 26,03	+ 73,2
454	Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	0,34	17,24	+ 16,90	+ 5.001,1
455	Einziehungen zum Bundesschatz	5,01	6,82	+ 1,81	+ 36,1
456	Unbewegliches Bundesvermögen	120,04	68,59	- 51,45	- 42,9
457	Haftungsübernahmen des Bundes	628,39	378,20	- 250,19	- 39,8
458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	1,82	7,64	+ 5,82	+ 319,7
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>1.258,72</b>	<b>1.035,60</b>	<b>- 223,12</b>	<b>- 17,7</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 677,54</b>	<b>- 527,51</b>	<b>+ 150,03</b>	<b>- 22,1</b>

TZ 3

**45 Bundesvermögen**

1/450 Kapitalbeteiligung

1/45052 Internationale Finanzinstitutionen - 29,45 Mill. EUR

Minderausgaben infolge geringerer Abrufe im Rahmen des österreichischen Beitrages zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Bei der Budgeterstellung für 2011 wurde auf Basis der damaligen Schätzung der Kommission von einem Jahresabruf in Höhe von 113,90 Mill. EUR ausgegangen, tatsächlich wurden lediglich 81,60 Mill. EUR abgerufen.

- 32,31 Mill. EUR

Mehrausgaben infolge der Zahlung der ersten Rate im Rahmen der allgemeinen bzw. der selektiven Kapitalerhöhung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD). Da bei Budgeterstellung angenommen wurde, dass die erste Rate erst 2012 zu leisten sein wird, wurde im BVA nicht entsprechend vorgesorgt.

+ 4,06 Mill. EUR

1/452 Bundesdarlehen

1/45285 Ausland + 108,56 Mill. EUR

Mehrausgaben entstanden für Darlehen an das Ausland, weil die Auszahlung des 3. Darlehens an Griechenland (191,16 Mill. EUR) von Dezember 2010 auf Jänner 2011 verschoben wurde. Grund der Verschiebung war, dass das Prüfungsprozedere der Troika (EK, EZB, IWF) noch nicht abgeschlossen war. Zusätzlich erhöhten sich die Darlehensbeträge durch den Ausstieg Irlands und Portugals aus der Griechenlandhilfe. Insgesamt wurden 2011 vier Darlehen in Höhe von 947,56 Mill. EUR ausbezahlt. Die bilaterale Hilfe endete im Dezember 2011, weitere Hilfsmaßnahmen sollen über die EFSF abgewickelt werden.

+ 108,56 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

108.600.000,- EUR; BMF-112913/0303-1/7/2011 v. 16.12.2011



## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/457	Haftungsübernahmen des Bundes	
1/4570	Ausfuhrförderungsgesetz (AusffG) (zweckgebundene Gebarung)	
1/45707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (AusffG)	- 5,53 Mill. EUR
	Minderausgaben an Kapitalertragsteuer im Zusammenhang mit den Mindereinnahmen bei der Eigenverzinsung des Kontos § 7 AusffG. Grund dafür war die nicht absehbare niedrige Zinsentwicklung.	- 5,53 Mill. EUR
1/45708	Nebengebarung (AusffG)	- 7,94 Mill. EUR
	Minderausgaben durch die außergewöhnlich günstige Schadensentwicklung und die damit zusammenhängenden geringen Kosten für die Schadensabwicklung (z. B. Rechtsverfolgungskosten).	- 6,69 Mill. EUR
1/45709	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AusffG) (B)	- 354,66 Mill. EUR
	Minderausgaben für Schadenszahlungen aus Haftungsübernahmen für Garantien (- 351,21 Mill. EUR), Wechselbürgschaften (- 0,46 Mill. EUR) sowie für die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (- 2,99 Mill. EUR), weil bei Budgeterstellung wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise höhere Schadenszahlungen erwartet wurden und diese nicht in vollem Umfang eintraten. Die Ermittlung des Voranschlags beruhte auf den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre unter Berücksichtigung der Finanz- und Wirtschaftslage und der zu erwartenden Umschuldungen mit Schuldenerleichterungen, wobei die Schadenszahlungen hohen Schwankungen unterlagen.	- 354,66 Mill. EUR
1/4571	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
1/45718	Nebengebarung (AFFG)	- 43,17 Mill. EUR
	Minderausgaben weil aufgrund des starken CHF keine Kursverluste aus Kapitaltilgungen abgerechnet wurden.	- 28,82 Mill. EUR
	Minderausgaben in der zweckgebundenen Gebarung resultierend aus Minderausgaben bei 2/45710 - Kursgewinne (- 14,35 Mill. EUR)	- 14,35 Mill. EUR
1/4573	Sonstige Finanzhaftungen	
1/45738	Nebengebarung (Sonstige Finanzhaftungen)	- 25,62 Mill. EUR
	Minderausgaben für Zahlungen an die Austria Wirtschaftservice GmbH aufgrund geringerer Schadloshaltungszahlungen als bei Voranschlagserstellung angenommen. Grund dafür waren zeitliche Verschiebungen in Tilgungsplänen und weniger Schadensfälle als erwartet.	- 25,62 Mill. EUR

TZ 3

458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
4584	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/45846	Förderungen	+ 5,35 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge zusätzlicher Kooperationen mit Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Büros der IFIs in Wien (Vienna Center for Financial Sector Advisory Services), da die Entscheidung zur Übernahme dieser Kosten erst im Laufe des Jahres 2011 getroffen wurde. Weitere Mehrausgaben für Zahlungen an die Europäische Investitionsbank (EIB) für den „Eastern Partnership Technical Assistance Trust Fund“, da die Zusage zur Leistung eines österreichischen Beitrags erst im November 2010 erfolgte. Bei Budgeterstellung 2011 wurden diese Kosten dementsprechend nicht berücksichtigt.	+ 5,35 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 8.300.000,- EUR; BMF-112913/0250-III/3/2011 v. 14.12.2011	
1/45868	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen	- 15,87 Mill. EUR
	Minderausgaben infolge der nicht absehbaren außerordentlich niedrigen Zinsenentwicklungen bei den Ausgaben für Schuldenerleichterungen für hoch verschuldete arme Länder (HIPC) und infolge von Zinssatzreduktionen.	- 13,82 Mill. EUR
<b>2/45</b>	<b>Bundesvermögen</b>	
2/450	Kapitalbeteiligung (Erträge)	
2/45014	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft	- 35,00 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aus Dividenden. Die OMV Aktiengesellschaft erhöhte im Jahre 2011 ihr Kapital um 750,00 Mill. EUR. Die ÖIAG nahm mit 236,00 Mill. EUR an der Kapitalerhöhung teil, die zum Teil durch eine Kürzung der Dividendenausschüttung an den Bund finanziert wurde.	- 35,00 Mill. EUR
2/4507	Oesterreichische Nationalbank	
2/45074	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 67,12 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der Gewinnabfuhr der OeNB. Entgegen den Annahmen bei BVA-Erstellung (123,39 Mill. EUR) betrug der Anteil des Bundes am Gewinn der OeNB für das Geschäftsjahr 2010 190,65 Mill. EUR.	+ 67,26 Mill. EUR



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/452	Bundesarlehen	
2/4528	Ausland	
2/45284	Zinsen	+ 24,96 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Zinszahlungen und Gebühren, da ausschließlich Zinseinnahmen von bereits ausbezahlten bzw. EU-seitig beschlossenen Darlehen in die Einnahmenschätzung einbezogen wurden und außerdem das Zinsniveau höher als erwartet war.	+ 24,96 Mill. EUR
2/4541	Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	
2/45418	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	+ 16,93 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Liegenschaftsverkäufen durch BIG und SIVBEG. Entgegen den Annahmen bei Budgeterstellung wurden Liegenschaften des ehemaligen deutschen Eigentums veräußert.	+ 16,49 Mill. EUR
2/456	Unbewegliches Bundesvermögen	
2/45607	Veräußerungen	+ 16,29 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Liegenschaften durch höhere Nachbesserungszahlungen seitens der BIG (+ 8,80 Mill. EUR) und der ASFINAG im Zusammenhang mit dem Bundesstraßenübertragungsgesetz (+ 5,00 Mill. EUR).	+ 13,87 Mill. EUR
2/45617	Militärische Liegenschaften (Veräußerungen)	- 20,93 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Veräußerungserlöse durch die SIVBEG. Durch Auflagen des Denkmalschutzes, Kontaminierungen sowie fehlende Umwidmungen konnten weniger Liegenschaften verkauft werden.	- 20,93 Mill. EUR
2/45624	Fruchtgenussentgelte und Abgeltung	+ 7,61 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Fruchtgenusszahlungen seitens ÖBf AG (+ 5,60 Mill. EUR) und Schloss Schönbrunn Kultur und Betriebs GmbH (+ 2,10 Mill. EUR) entstanden infolge höherer Jahresergebnisse dieser Gesellschaften.	+ 7,61 Mill. EUR
2/45626	Fruchtgenussentgelt	- 50,40 Mill. EUR
	Die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) erhielt 1997 die umfassende Zuständigkeit, das österreichische Autobahnen- und Schnellstraßennetz zu planen, zu bauen, zu betreiben, zu erhalten und zu bemaßen. Die Anteile der Gesellschaft stehen zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.	



TZ 3

Durch das ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1997 (BGBl. I Nr. 113/1997 i.d.g.F.) i.V.m. dem mit der Republik Österreich geschlossenen Fruchtgenussvertrag hat die ASFINAG das Fruchtgenussrecht an allen österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen. Das von der Republik Österreich eingeräumte Recht der Bema-tung von Autobahnen und Schnellstraßen stellt die wichtigste Finanzierungsbasis der ASFINAG dar.

Mindereinnahmen aufgrund geringerer Fruchtgenussentgeltzahlungen im Zusammenhang mit Liegenschaftskäufen durch die ASFINAG. Teile des geplanten Liegenschaftserwerbs mussten durch Planungsverzögerungen bei Straßenprojekten verschoben werden (siehe auch 1/41633).

- 50,40 Mill. EUR

## 2/457 Haftungsübernahmen des Bundes

## 2/4570 Ausfuhrförderungsgesetz (AusffG) (zweckgebundene Gebarung)

## 2/45700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AusffG)

- 52,97 Mill. EUR

Die Mehreinnahmen bei den Haftungsentgelten für Wechselbürgschaften sind auf die höhere Nachfrage nach Wechselbürgschaften, als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen, zurückzuführen (+ 21,70 Mill. EUR). Demgegenüber stehen Mindereinnahmen bei den Haftungsentgelten für Garantien (- 48,52 Mill. EUR), die vor allem durch das Fehlen von Garantieentgelten für Großprojekte entstanden.

- 26,82 Mill. EUR

Mindereinnahmen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus bei der Verzinsung des Verrechnungskontos für Haftungen gemäß AusffG und der bei Erstellung des Voranschlags noch nicht bekannten Verminderung des Kontostandes um 109,00 Mill. EUR aufgrund der Rückführung von HIPC-Dotationen (Schuldenstreichungen für schwer verschuldete Länder) auf ein nicht zweckgebundenes Konto des Bundes.

- 22,14 Mill. EUR

Mindereinnahmen bei den Zinserträgen aus Schadensfällen, weil keine größeren Umschuldungen refinanziert wurden und das Gesamtvolumen der refinanzierten Umschuldungen sank.

- 3,31 Mill. EUR

## 2/45702 Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen (AusffG)

- 314,94 Mill. EUR

Die Mindereinnahmen sind auf die Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen (- 109,00 Mill. EUR) und auf geringere Rückersätze aus Haftungsinanspruchnahmen von Garantien (- 204,40 Mill. EUR), Wechselbürgschaften (- 0,34 Mill. EUR) sowie der Oesterreichischen Entwicklungsbank AG (- 1,20 Mill. EUR) zurückzuführen.



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

	Basis für die Ermittlung des Voranschlags stellte die Entwicklung der vergangenen Jahre dar, wobei die im Zusammenhang mit der Verrechnung von Umschuldungen hohen Schwankungen sehr schwer prognostizierbar waren.	- 314,94 Mill. EUR
2/4571	<b>Ausführfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)</b>	
2/45710	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG)	- 14,35 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Kursgewinne bei Zinszahlungen von CHF-Verbindlichkeiten.	- 14,35 Mill. EUR
2/45714	Erfolgswirksame Einnahmen	- 16,33 Mill. EUR
	Mindereinnahmen an Haftungsentgelten (AFFG) resultierend aus geringeren Haftungsübernahmen aufgrund des verminderten Refinanzierungsvolumens der Oesterreichischen Kontrollbank AG.	- 16,33 Mill. EUR
2/45724	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 109,00 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldenstreichungen, weil diese bei Erstellung des Voranschlags noch nicht bekannt waren. Demgegenüber stehen Mindereinnahmen auf dem Ansatz 2/45702 in gleicher Höhe.	+ 109,00 Mill. EUR
2/4573	<b>Sonstige Finanzhaftungen</b>	
2/45734	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 39,40 Mill. EUR
	Bei Erstellung des BVA wurden die Haftungsentgelte nur von den bereits eingegangenen Haftungen veranschlagt. Die Mehreinnahmen an Haftungsentgelten entstanden aufgrund der für die ÖBB-Infrastruktur AG im Jahr 2011 übernommenen Haftungen und des damit für die gesamte Laufzeit bei Übernahme fällig gewordenen diskontierten Haftungsentgelts.	+ 39,40 Mill. EUR
2/458	<b>Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen</b>	
2/4582	<b>Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien</b>	
2/45824	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 6,32 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge der vereinbarten Leistung eines Kostenbeitrags in Höhe von 35 % durch die Gemeinde Wien für die Asbestsanierung des Internationalen Amtssitzentrums Wien.	+ 6,29 Mill. EUR

TZ 3

**Untergliederung 46: Finanzmarktstabilität****Ausgaben**

In der Untergliederung 46 betragen die Ausgaben 79,59 Mill. EUR und somit 0,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2,90 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 76,69 Mill. EUR (+ 2.648,3 %) mehr ausgegeben.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Zahlung eines Restrukturierungsbeitrages an die KA Finanz AG zur Einhaltung der Kernkapitalquote von 7 % (+ 75,00 Mill. EUR).

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 640,83 Mill. EUR und somit 1,0 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.426,01 Mill. EUR wurden 785,18 Mill. EUR (- 55,1 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden, weil geplante Rückzahlungen von Partizipationskapital zweier Kreditinstitute nicht erfolgten (- 900,00 Mill. EUR).

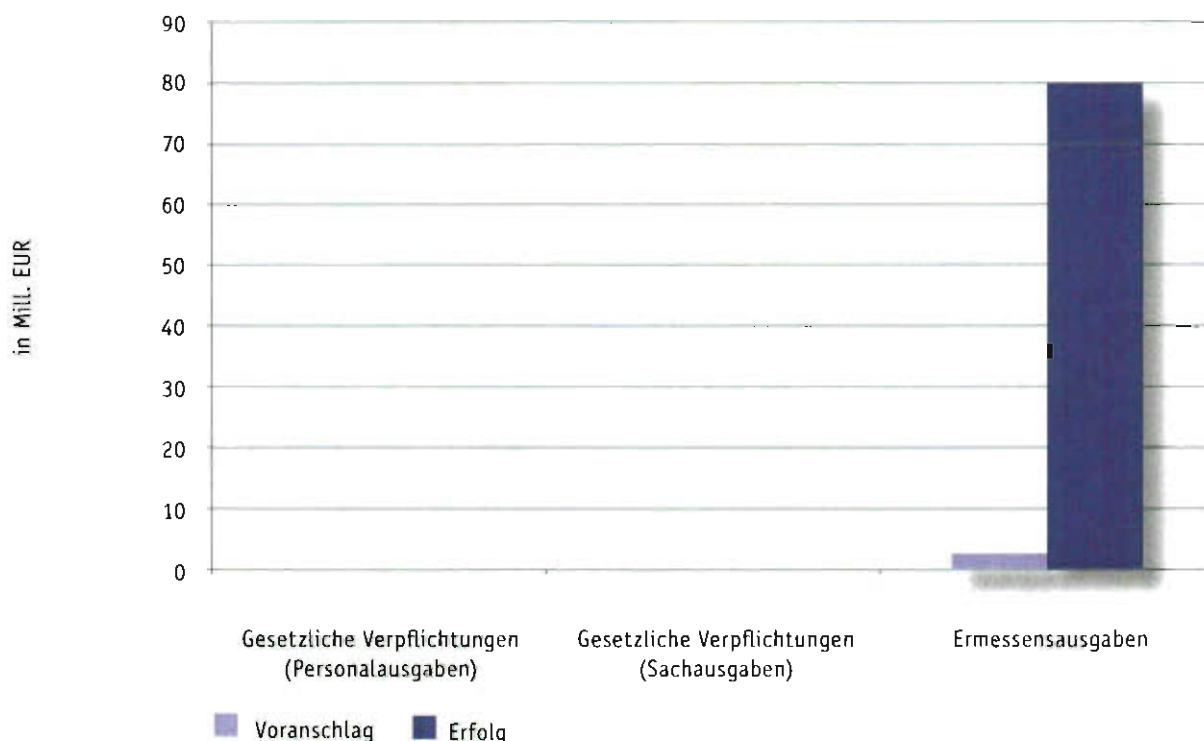
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten vorwiegend aus nicht einbehaltenen Haftungsentgelten gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz und Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz (insgesamt + 110,59 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 46	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Sachausgaben	2,90	79,59	+ 76,69	+ 2.648,3
Gesetzliche Verpflichtungen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
Ermessensausgaben	2,90	79,59	+ 76,70	+ 2.649,2
<b>Summe</b>	<b>2,90</b>	<b>79,59</b>	<b>+ 76,69</b>	<b>+ 2.648,3</b>
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,0	0,1		



## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
46	Finanzmarktstabilität	in Mill. EUR		in %	
1/..	<b>Ausgaben</b>				
460	Leistungen gem. FinStaG	2,90	79,59	+ 76,70	+ 2.649,2
461	Darlehen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>2,90</b>	<b>79,59</b>	<b>+ 76,69</b>	<b>+ 2.648,3</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
460	Leistungen gem. FinStaG	1.426,01	640,83	- 785,17	- 55,1
461	Darlehen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>1.426,01</b>	<b>640,83</b>	<b>- 785,18</b>	<b>- 55,1</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>1.423,11</b>	<b>561,24</b>	<b>- 861,87</b>	<b>- 60,6</b>

## TZ 3

**1/46 Finanzmarktstabilität**

1/4600 Leistungen gemäß FinStaG

1/46008 Aufwendungen + 74,31 Mill. EUR

Mehrausgaben für Kapitaltransferzahlungen aufgrund der Zahlung eines Restrukturierungsbeitrages an die KA Finanz AG zur Einhaltung der erforderlichen Kernkapitalquote von 7 %. Bei Erstellung des BVA war eine Bedeckung dieser Ausgaben aus den Rücklagen vorgesehen.

+ 75,00 Mill. EUR

Überschreitungsbewilligungen:

74.305.000,- EUR; BMF-112913/0258-I/5/2011 v. 19.12.2011

1.000,- EUR; BMF-112913/0325-I/5/2011 v. 27.12.2011

**2/46 Finanzmarktstabilität**

2/4600 Leistungen gemäß FinStaG

2/46007 Bestandswirksame Einnahmen - 900,00 Mill. EUR

Mindereinnahmen, weil die geplanten Rückzahlungen von Partizipationskapital von zwei Kreditinstituten nicht erfolgten.

- 900,00 Mill. EUR

2/4602 Haftungen gemäß Finanzmarktstabilität

2/46024 Erfolgswirksame Einnahmen + 110,59 Mill. EUR

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten aufgrund von Haftungsübernahmen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz in Höhe von 2,700 Mrd. EUR nach Erstellung des Voranschlags (+ 22,70 Mill. EUR). Für eine Haftung gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz in Höhe von 1,000 Mrd. EUR wurden Haftungsentgelte in Höhe von 50 Mill. EUR budgetiert. Tatsächlich betragen die Haftungsentgelte 119,90 Mill. EUR (+ 69,90 Mill. EUR), weil es nicht zu den in der Haftungsvereinbarung vorgesehenen eventuellen Einbehalten von Haftungsentgelten kam.

+ 92,60 Mill. EUR

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten gemäß Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz, weil die entsprechenden Informationen für die Planung im Bundesfinanzrahmengesetz 2011-2014 erst nach Erstellung des Voranschlags vorlagen und somit für diese Position keine Budgetierung stattfand.

+ 15,97 Mill. EUR

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

**Rubrik 5: Kassa und Zinsen**

Untergliederungen 51 und 58 (Allgemeiner Haushalt)

**Ausgaben**

Die Ausgaben betragen 7.173,15 Mill. EUR und somit 10,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8.315,36 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 1.142,22 Mill. EUR (- 13,7 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ betrafen den Sonstigen Aufwand – NETTO (- 621,74 Mill. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld – NETTO<sup>73</sup> (- 260,63 Mill. EUR) für Finanzierungen infolge des geringeren Budgetdefizits sowie des gesunkenen Zinsniveaus. Minderausgaben entstanden in UG 51 „Kassenverwaltung“, weil bei Budgeterstellung noch nicht sicher war, ob Restrukturierungsfälle aus der Veranlagung in Wertpapieren aus dem Jahr 2007 noch im Jahr 2010 abgeschlossen werden können. Dementsprechend wurden die Ausgaben für Kursverluste zu hoch budgetiert (- 170,00 Mill. EUR).

**Einnahmen**

Die Einnahmen betragen 3.491,92 Mill. EUR und somit 5,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.310,50 Mill. EUR wurden 181,42 Mill. EUR (+ 5,5 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 51 „Kassenverwaltung“ entstanden durch die Entnahmen aus der besonderen Rücklage (UG-Rücklage) (+ 293,30 Mill. EUR) und aus der allgemeinen Rücklage (UG-Rücklage) (+ 54,94 Mill. EUR) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

Mindereinnahmen entstanden in UG 51 „Kassenverwaltung“, weil bei Budgeterstellung noch nicht sicher war, ob Restrukturierungsfälle aus der Veranlagung in Wertpapieren aus dem Jahr 2007 noch im Jahr 2010 abgeschlossen werden können. Dementsprechend wurden die Einnahmen aus Kursgewinnen zu hoch budgetiert (- 170,00 Mill. EUR).

<sup>73</sup> Die sonstigen Aufwendungen und Einnahmen im Zusammenhang mit der Finanzschuldengebarung und dem Abschluss von Währungstauschverträgen sind vor allem Provisionen und Spesen beim Abschluss von Finanzierungen, sowie Disagio und Agio im Zusammenhang mit der Finanzschuldengebarung und dem Abschluss von Währungstauschverträgen.



TZ 3

Tabelle 72: Voranschlagsabweichungen der Sachausgaben vom BVA 2011 in der Rubrik 5 (Allgemeiner Haushalt)

Rubrik 5	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
<b>Sachausgaben (Ermessensausgaben)</b>	<b>8.315,36</b>	<b>7.173,15</b>	<b>- 1.142,22</b>	<b>- 13,7</b>
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	11,9	10,6		

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

## Untergliederungen 51 und 58 (Ausgleichshaushalt)

## Ausgaben

Die Ausgaben betragen 63.280,09 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 71.605,81 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 8.325,72 Mill. EUR (- 11,6 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ vorwiegend durch den geringeren Erwerb von Bundstiteln infolge geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, bzw. durch die geringere Inanspruchnahme der Pauschalvorsorge für die Tilgung von Kreditoperationen (- 5.393,69 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen, weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt und vorsichtig budgetiert wurde (- 4.170,25 Mill. EUR).

Mehrausgaben entstanden in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ durch die Begebung von Anleihen (+ 959,26 Mill. EUR) und die Tilgung von Austrian Treasury Bills (ATB)-Finanzierungen aus dem Jahr 2010 (+ 278,95 Mill. EUR), welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden.

## Einnahmen

Die Einnahmen betragen 67.641,78 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 79.227,45 Mill. EUR wurden 11.585,67 Mill. EUR (- 14,6 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen infolge der endgültigen Verrechnung der Einnahmen aus der Aufnahme von Finanzschulden bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen sowie aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen Finanzierungsnotwendigkeit (- 22.064,19 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen ergaben sich durch geringere kurzfristige Mittelaufnahmen (- 4.170,25 Mill. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt und vorsichtig budgetiert wurde.

Mehreinnahmen in UG 58 „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ entstanden durch die Aufnahme von Finanzschulden (+ 13.792,74 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen ergaben sich durch die Begebung von Anleihen (+ 955,05 Mill. EUR), welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden.

TZ 3

Tabelle 73: Voranschlagsabweichungen der Sachausgaben vom BVA 2011 in der Rubrik 5 (Ausgleichshaushalt)

Rubrik 5	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	71.605,81	63.280,09	- 8.325,72	- 11,6
Anteil an den Ausgaben des Ausgleichshaushalts in %	100,0	100,0		





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

### Untergliederung 51: Kassenverwaltung

#### Ausgaben

In der Untergliederung 51 betrugen die Ausgaben 345,63 Mill. EUR und somit 0,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 544,48 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 198,85 Mill. EUR (- 36,5 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Geldverkehr des Bundes für Kursverluste: Bei Budgeterstellung war noch nicht sicher, ob Restrukturierungsfälle aus der Veranlagung in Wertpapieren aus dem Jahr 2007 noch im Jahr 2010 abgeschlossen werden können. Dementsprechend wurden die Ausgaben für Kursverluste zu hoch budgetiert (- 170,00 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben bei Aufwendungen für Devisentermingeschäfte (- 50,00 Mill. EUR): Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2011 positiv entwickelte, kam es sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig zu keiner Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden vorwiegend zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage für den Katastrophenfonds und die Siedlungswasserwirtschaft getätigt (+ 34,09 Mill. EUR).

#### Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 3.491,92 Mill. EUR und somit 5,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.310,50 Mill. EUR wurden 181,42 Mill. EUR (+ 5,5 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend durch die Entnahmen aus der besonderen Rücklage (UG-Rücklage) (+ 293,30 Mill. EUR), aus der allgemeinen Rücklage (UG-Rücklage) (+ 54,94 Mill. EUR) sowie aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage (UG-Rücklage) (+ 44,06 Mill. EUR) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

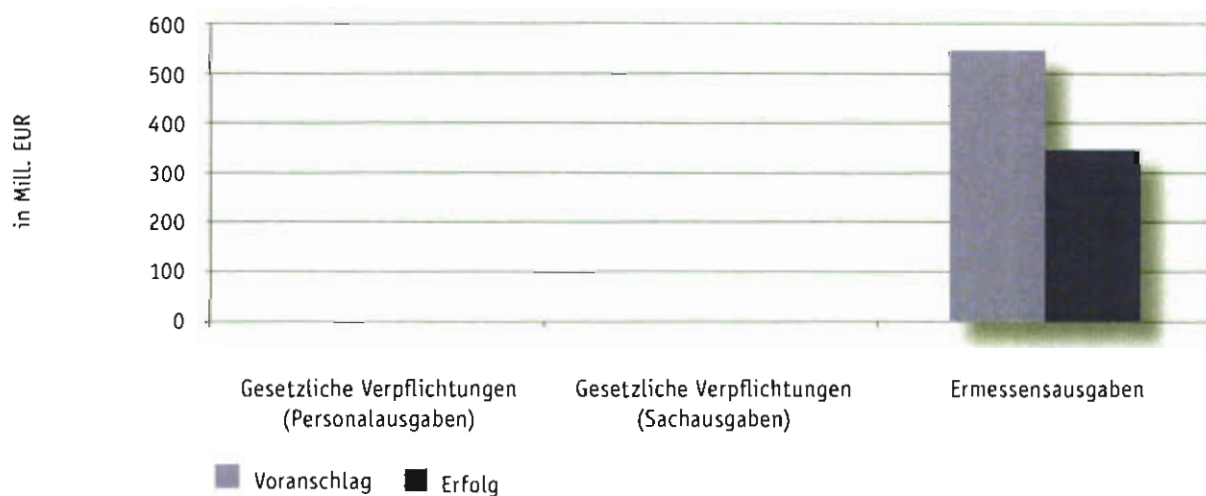
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Geldverkehr des Bundes für Kursgewinne, weil bei Budgeterstellung noch nicht sicher war, ob Restrukturierungsfälle aus der Veranlagung in Wertpapieren aus dem Jahr 2007 noch im Jahr 2010 abgeschlossen werden können. Dementsprechend wurden die Einnahmen aus Kursgewinnen zu hoch budgetiert (- 170,00 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen bei den erfolgswirksamen Einnahmen aus Devisentermingeschäften (- 50,00 Mill. EUR): Auf-

TZ 3

grund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2011 positiv entwickelte, kam es sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig zu keiner Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 51	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
<b>Sachausgaben (Ermessensausgaben)</b>	<b>544,48</b>	<b>345,63</b>	<b>- 198,85</b>	<b>- 36,5</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>0,8</b>	<b>0,5</b>		





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
51	Kassenverwaltung		in Mill. EUR		in %
1/..	<b>Ausgaben</b>				
510	Geldverkehr des Bundes	225,00	0,05	- 224,95	- 100,0
511	Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)	302,38	294,39	- 7,99	- 2,6
512	Rücklagen	17,10	51,19	+ 34,09	+ 199,4
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>544,48</b>	<b>345,63</b>	<b>- 198,85</b>	<b>- 36,5</b>
2/..	<b>Einnahmen</b>				
510	Geldverkehr des Bundes	251,50	44,78	- 206,72	- 82,2
511	Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)	319,48	320,28	+ 0,81	+ 0,3
512	Rücklagen	1.227,12	1.661,78	+ 434,66	+ 35,4
513	Zahlungen von der EU	0,00	- 0,13	- 0,13	- 4.315,7
514	Zahlungen aus den EU-Fonds (Periode 2000-2006)	0,00	14,40	+ 14,40	+ 360.000,9
515	Europ. Solidaritätsfonds, Kostenersätze von der EU und EGF	14,30	10,12	- 4,18	- 29,2
516	Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007-2013)	1.498,10	1.440,68	- 57,42	- 3,8
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>3.310,50</b>	<b>3.491,92</b>	<b>+ 181,42</b>	<b>+ 5,5</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>2.766,02</b>	<b>3.146,29</b>	<b>+ 380,27</b>	<b>+ 13,7</b>

### 1/51 Kassenverwaltung

1/510 Geldverkehr des Bundes

1/51038 Kursverluste - 170,00 Mill. EUR

Da zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA 2011 noch nicht sicher war, ob alle Restrukturierungsfälle aus der Veranlagung in Wertpapieren aus dem Jahr 2007 noch im Jahr 2010 abgeschlossen werden können, wurde im BVA 2011 entsprechend vorgesorgt.

Der Erfolg 2010 zeigte bereits den Abschluss der Restrukturierungsfälle aus dem Jahr 2007, und somit kam es im Jahr 2011 sowohl ausgabenseitig als auch einnahmenseitig zu keiner weiteren Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge (siehe auch VA-Ansatz 2/51034).

- 170,00 Mill. EUR



## TZ 3

1/5105	Devisentermingeschäfte	
1/51058	Aufwendungen	- 50,00 Mill. EUR
	Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2011 positiv entwickelte, kam es sowohl ausgabenseitig als auch einnahmenseitig zu keiner Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge (siehe auch VA-Ansatz 2/51054).	- 50,00 Mill. EUR
1/511	Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)	
1/5111	Siedlungswasserwirtschaft	
1/51118	Aufwendungen	- 7,99 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen des BMLFUW für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.	- 7,99 Mill. EUR
1/512	Rücklagen	
1/51239	Zuführung zu zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (Sonderkonten des Bundes)	+ 34,09 Mill. EUR
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage für den Katastrophenfonds i.H.v. 17,81 Mill. EUR, für die Siedlungswasserwirtschaft i.H.v. 8,79 Mill. EUR und für den Katastrophenfonds (Landesstraßen B) i.H.v. 7,49 Mill. EUR.	+ 34,09 Mill. EUR
<b>2/51</b>	<b>Kassenverwaltung</b>	
2/510	Geldverkehr des Bundes	
2/51034	Kursgewinne	- 170,00 Mill. EUR
	Da zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA 2011 noch nicht sicher war, ob alle Restrukturierungsfälle aus der Veranlagung in Wertpapieren aus dem Jahr 2007 noch im Jahr 2010 abgeschlossen werden können, wurde im BVA 2011 entsprechend vorgesorgt.	
	Der Erfolg 2010 zeigte bereits den Abschluss der Restrukturierungsfälle aus dem Jahr 2007, und somit kam es im Jahr 2011 sowohl einnahmenseitig als auch ausgabenseitig zu keiner weiteren Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge (siehe auch VA-Ansatz 1/51038).	- 170,00 Mill. EUR

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/51044	<p>Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr</p> <p>Die geringere Abschmelzung der Rücklagengebarung „alt“, als bei Budgeterstellung angenommen, führte zu höheren Kassenmitteln des Bundes. Diese höheren Kassenmittel in Verbindung mit einem geringfügig höheren kurzfristigen Zinsniveau führten zu Mehreinnahmen bei der Veranlagung von Kassenbeständen.</p>	<p>+ 13,28 Mill. EUR</p> <p>+ 13,28 Mill. EUR</p>
2/5105	Devisentermingeschäfte	
2/51054	<p>Erfolgswirksame Einnahmen</p> <p>Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2011 positiv entwickelte, kam es sowohl einnahmenseitig als auch ausgaben-seitig zu keiner Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge (siehe auch VA-Ansatz 1/51058).</p>	<p>- 50,00 Mill. EUR</p> <p>- 50,00 Mill. EUR</p>
2/512	Rücklagen	
2/51217	<p>Entnahme aus allgemeiner Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt)</p> <p>Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 44.417.139,00 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 3 BFG 2011) sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 10.519.217,00 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.</p>	<p>+ 54,94 Mill. EUR</p> <p>+ 54,94 Mill. EUR</p>
2/51247	<p>Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt)</p> <p>Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 23.887.691,39 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 1 BFG 2011) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 276.763,56 EUR gemäß BHG (§ 53 Abs. 6 BHG) zum Ausgleich der zweckgebundenen Gebarung.</p>	<p>+ 24,16 Mill. EUR</p> <p>+ 24,16 Mill. EUR</p>
2/51267	<p>Entnahme aus besonderer Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt)</p> <p>Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 260.871.991,00 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 3 BFG 2011) sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 32.425.695,00 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.</p>	<p>+ 293,30 Mill. EUR</p> <p>+ 293,30 Mill. EUR</p>

## TZ 3

2/51277	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 14,09 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 398.000,00 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 1 BFG 2011), Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 13.324.985,86 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 364.740,86 EUR gemäß BHG (§ 53 Abs. 6 BHG) zur Erfüllung fälliger Verpflichtungen (Rücküberweisung an die Europäische Kommission).	+ 13,72 Mill. EUR
2/51287	Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt)	+ 44,06 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 29.899.758,38 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 3 BFG 2011) sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 14.164.385,00 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 44,06 Mill. EUR
2/514	Zahlungen aus den EU-Fonds (Periode 2000-2006)	
2/51415	Europäischer Regionalfonds (EU)	+ 14,59 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch den Abschluss der Programme der Periode 2000-2006 für das Burgenland und für Oberösterreich.	+ 14,59 Mill. EUR
2/516	Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007-2013)	
2/51604	Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)	- 41,03 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, da die Refundierungen aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen in Österreich und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen von der Europäischen Kommission erfolgen.	- 41,03 Mill. EUR
2/51605	Europäischer <b>Regionalfonds</b> (EU)	- 18,04 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, da die Refundierungen aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen in Österreich und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen von der Europäischen Kommission erfolgen.	- 18,04 Mill. EUR
2/51614	Europäischer Landwirtschaftsfonds (EU) - ELER	+ 21,08 Mill. EUR
	Mehreinnahmen, weil aufgrund der abweichenden Bilanzstichtage zwischen ELER und Bund der Erstattungsbetrag des ELER für die Zahlungen des Bundes in unterschiedlichen Jahren erfolgt.	+ 21,08 Mill. EUR





# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/51615	Europäischer Garantiefonds (EU) - EGFL	- 19,27 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, weil aufgrund der abweichenden Bilanzstichtage zwischen EGFL und Bund der Erstattungsbetrag des EGFL für die Zahlungen des Bundes zum Jahresende erst im Folgejahr erfolgt.	- 19,27 Mill. EUR

TZ 3

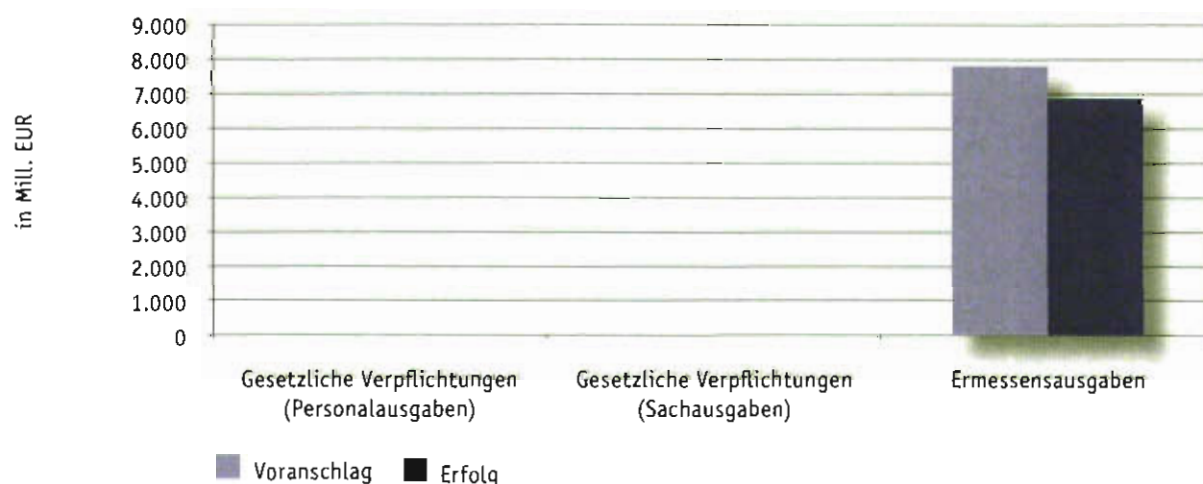
**Untergliederung 58: Finanzierungen, Währungstauschverträge****Ausgaben – Allgemeiner Haushalt**

In der Untergliederung 58 – Allgemeiner Haushalt – betragen die Ausgaben 6.827,51 Mill. EUR und somit 10,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7.770,88 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 943,37 Mill. EUR (- 12,1 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen den Sonstigen Aufwand – NETTO (- 622,47 Mill. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld – NETTO<sup>74</sup> (insgesamt - 260,63 Mill. EUR) für Finanzierungen infolge des geringeren Budgetdefizits sowie des gesunkenen Zinsniveaus.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 58	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
<b>Sachausgaben (Ermessensausgaben)</b>	<b>7.770,88</b>	<b>6.827,51</b>	<b>- 943,37</b>	<b>- 12,1</b>
<b>Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %</b>	<b>11,1</b>	<b>10,1</b>		



<sup>74</sup> Die sonstigen Aufwendungen und Einnahmen im Zusammenhang mit der Finanzschuldengabe und dem Abschluss von Währungstauschverträgen sind vor allem Provisionen und Spesen beim Abschluss von Finanzierungen, sowie Disagio und Agio im Zusammenhang mit der Finanzschuldengabe und dem Abschluss von Währungstauschverträgen.



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge		in Mill. EUR		in %
1/..	<b>Ausgaben</b>				
581	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Zinsen	7.462,67	7.202,04	- 260,63	- 3,5
582	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Aufwand	224,46	- 397,29	- 621,74	- 277,0
586	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Zinsen	73,75	22,69	- 51,06	- 69,2
587	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Aufwand	10,01	0,08	- 9,93	- 99,2
<b>Summe Ausgaben</b>		<b>7.770,88</b>	<b>6.827,51</b>	<b>- 943,37</b>	<b>- 12,1</b>

### Ausgaben – Ausgleichshaushalt

In der Untergliederung 58 – Ausgleichshaushalt – betragen die Ausgaben 63.280,09 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamtausgaben des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 71.605,81 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 8.325,72 Mill. EUR (- 11,6 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend durch den geringeren Erwerb von Bundestiteln infolge geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, bzw. durch die geringere Inanspruchnahme der Pauschalvorsorge für die Tilgung von Kreditoperationen (insgesamt - 5.393,69 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen, weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt und vorsichtig budgetiert wurde (insgesamt - 4.170,25 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Begebung von Anleihen (+ 959,27 Mill. EUR) und die Tilgung von Austrian Treasury Bills (ATB)-Finanzierungen aus dem Jahr 2010 (insgesamt + 278,95 Mill. EUR), welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden.



TZ 3

## Einnahmen – Ausgleichshaushalt

Die Einnahmen betragen 67.641,78 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamteinnahmen des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 79.227,45 Mill. EUR wurden 11.585,67 Mill. EUR (- 14,6 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen infolge der endgültigen Verrechnung der Einnahmen aus der Aufnahme von Finanzschulden bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen sowie aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen Finanzierungsnotwendigkeit (- 22.064,19 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen ergaben sich durch geringere kurzfristige Mittelaufnahmen (insgesamt - 4.170,25 Mill. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt und vorsichtig budgetiert wurde.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Aufnahme von Finanzschulden (insgesamt + 13.792,74 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen ergaben sich durch die Begebung von Anleihen (+ 955,05 Mill. EUR), welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Ausgleichshaushalt	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	71.605,81	63.280,09	- 8.325,72	- 11,6
Gesetzliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	- 100,00
Ermessensausgaben	71.605,81	63.280,09	- 8.325,72	- 11,6
<b>Summe</b>	<b>71.605,81</b>	<b>63.280,09</b>	<b>- 8.325,72</b>	<b>- 11,6</b>







# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge		in Mill. EUR	in %
7/..	<b>Ausgaben</b>			
580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	26.605,80	22.450,33	- 4.155,47 - 15,6
585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge - Kapital	45.000,01	40.829,76	- 4.170,25 - 9,3
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>71.605,81</b>	<b>63.280,09</b>	<b>- 8.325,72 - 11,6</b>
8/..	<b>Einnahmen</b>			
580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	34.227,44	26.812,02	- 7.415,42 - 21,7
585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge - Kapital	45.000,01	40.829,76	- 4.170,25 - 9,3
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>79.227,45</b>	<b>67.641,78</b>	<b>- 11.585,67 - 14,6</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>7.621,64</b>	<b>4.361,69</b>	<b>- 3.259,95 - 42,8</b>

### 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

7/580 Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital

7/58009 Tilgung, Erwerb von Wertpapieren - Finanzschulden (FS) - 5.393,69 Mill. EUR

Minderausgaben durch geringeren Erwerb von Bundestiteln aufgrund geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, als bei BVA-Erstellung angenommen. - 3.545,50 Mill. EUR

Minderausgaben durch geringere Inanspruchnahme der Pauschalvorsorge für die Tilgung von Kreditoperationen. Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. - 1.848,17 Mill. EUR

## TZ 3

7/58019 Tilgung - Schulden Währungstauschverträge + 278,95 Mill. EUR

Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 7/58009 pauschal vorgesorgt und bei Realisierung auf die entsprechenden VA-Ansätze umgebucht. Dadurch ergaben sich Mehrausgaben durch diverse ATB-Finanzierungen aus dem Jahr 2010, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden. Diesen Mehrausgaben stehen auch Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 8/58019 gegenüber.

+ 243,58 Mill. EUR

Mehrausgaben bei der Tilgung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen in fremder Währung infolge ungünstigerer Wechselkurse im Vergleich zum BVA.

+ 35,39 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

278.961.152,35 EUR; ÖBFA-05 0200/87/11 v. 07.11.2011

7/58029 Erlöse - Forderungen Währungstauschverträge + 959,26 Mill. EUR

Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 7/58009 pauschal vorgesorgt und bei Realisierung auf die entsprechenden VA-Ansätze umgebucht.

Beim VA-Ansatz 7/58029 werden die Erlösbuchungen bei Kreditoperationen in fremder Währung, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht werden, verrechnet. Konkret war dies die Begebung der währungsgesicherten 1,75 % Euro-Dollar-Anleihe 2011-2016 (Swap) und die FRN-NOK-Anleihe 2011-2016 (Swap).

+ 959,27 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligungen:

699.691.135,46 EUR; ÖBFA-05 0200/76/11 v. 10.10.2011

259.574.201,77 EUR; ÖBFA-05 0200/92/11 v. 21.11.2011



# BRA 2011

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/581	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Zinsen	
1/58108	Verzinsung und Aufgeld - NETTO	- 260,63 Mill. EUR
	Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld in heimischer Währung aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie des gesunkenen Zinsniveaus. Zusätzlich führten höhere Stückzinsen bei der Aufstockung von Bundesanleihen zu Mehreinnahmen.	- 278,37 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Verzinsung und Aufgeld in fremder Währung durch Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2011.	+ 17,73 Mill. EUR
1/582	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Aufwand	
1/58208	Sonstiger Aufwand - NETTO	- 621,74 Mill. EUR
	Minderausgaben für den sonstigen Aufwand in heimischer Währung, weil sich aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits zwangsläufig eine geringere Finanzierungsnotwendigkeit ergab. Die Abweichungen im Detail stellen sich wie folgt dar: Höhere Emissionsagien sowie niedrigere Emissionsdisagien, Provisionen und Entgelte sowie geringere Collateralentgeltzahlungen, bedingt durch das gesunkene Zinsniveau, führten zu Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben im Vergleich zum BVA.	- 622,47 Mill. EUR
7/585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Kapital	
7/58509	Tilgung, Erlöse - Forderungen	- 4.170,25 Mill. EUR
	Bei diesem VA-Ansatz kam es zu Minderausgaben für Tilgungen von kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung und den damit verbundenen Devisentermingeschäften sowie zu Mehrausgaben für Tilgungen in heimischer Währung, weil aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Diesen Minder- bzw. Mehrausgaben stehen auch Minder- bzw. Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 8/58509 gegenüber.	
	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung.	- 5.398,14 Mill. EUR
	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften in heimischer Währung.	- 5.287,89 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung.	+ 6.515,79 Mill. EUR



## TZ 3

1/586	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Zinsen	
1/58608	Verzinsung und Aufgeld - NETTO	- 51,06 Mill. EUR
	Aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung wurde für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld in heimischer Währung (- 55,99 Mill. EUR) stehen Mehrausgaben in fremder Währung (+ 4,93 Mill. EUR) gegenüber.	
		- 51,06 Mill. EUR
1/587	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Aufwand	
1/58708	Sonstiger Aufwand - NETTO	- 9,93 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Provisionen und Entgelte bei kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen. Aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung wurde für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt.	
		- 9,92 Mill. EUR
<b>8/58</b>	<b>Finanzierungen, Währungstauschverträge</b>	
8/580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	
8/58009	Erlöse, Entnahme von Wertpapieren - Finanzschulden (FS)	+ 13.792,74 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung bzw. Aufnahme von Kreditoperationen in heimischer Währung, weil die Wahl der Finanzierungsinstrumente zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich ist und der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 8/58089 pauschal für sämtliche Kreditoperationen vorgesorgt und bei Realisierung auf den VA-Ansatz 8/58009 <b>umgebucht</b> .	
		+ 15.814,15 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge der <b>Begebung bzw. Aufnahme</b> von Kreditoperationen in <b>fremder Währung, weil die</b> Wahl der Finanzierungsinstrumente zum <b>Zeitpunkt</b> der Erstellung des BVA noch nicht möglich ist und <b>der</b> Geld- und Kapitalmarkt keine exakte <b>Aufteilung</b> künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus <b>zulässt</b> . Aus <b>diesem</b> Grund wird beim VA-Ansatz <b>8/58089</b> pauschal für <b>sämtliche</b> Kreditoperationen <b>vorgesorgt</b> und bei Realisierung auf den VA-Ansatz 8/58009 umgebucht.	
		+ 3.132,03 Mill. EUR

## Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

	Mindereinnahmen bei der Entnahme von Wertpapieren infolge geringeren Verkaufs von im Bundesbesitz befindlichen Wertpapieren aufgrund geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, als bei BVA-Erstellung angenommen.	- 5.153,44 Mill. EUR
8/58019	Begleichung - Forderungen Währungstauschverträge	- 99,01 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Begleichung der Forderungen in fremder Währung infolge ungünstigerer Wechselkurse als bei BVA-Erstellung angenommen.	- 345,52 Mill. EUR
	Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Dadurch ergaben sich Mehreinnahmen durch diverse ATB-Finanzierungen aus dem Jahr 2010, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden. Diesen Mehreinnahmen stehen auch Mehrausgaben beim VA-Ansatz 7/58019 gegenüber.	+ 246,52 Mill. EUR
8/58029	Erlöse - Schulden Währungstauschverträge	+ 955,05 Mill. EUR
	Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Beim VA-Ansatz 8/58029 werden die Erlösbuchungen bei Kreditoperationen in fremder Währung, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht werden, verrechnet. Konkret war dies die Begebung der währungsgesicherten 1,75 % Euro-Dollar-Anleihe 2011-2016 (Swap) und die FRN-NOK-Anleihe 2011-2016 (Swap).	+ 955,05 Mill. EUR
8/58089	Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG	- 22.064,19 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Beträge beim sachlich in Betracht kommenden VA-Ansatz 8/58009.	- 22.064,19 Mill. EUR

TZ 3

8/585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Kapital	
8/58509	Erlöse, Begleichung - Forderungen	- 4.170,25 Mill. EUR
	<p>Bei diesem VA-Ansatz kam es zu Mindereinnahmen infolge geringerer kurzfristiger Mittelaufnahmen in fremder Währung und den damit verbundenen Devisentermingeschäften sowie zu Mehreinnahmen für kurzfristige Mittelaufnahmen in heimischer Währung, weil aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Diesen Minder- bzw. Mehreinnahmen stehen auch Minder- bzw. Mehrausgaben beim VA-Ansatz 7/58509 gegenüber.</p> <p>Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen bzw. der Begleichung der Forderungen bei der Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.</p> <p>Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung.</p> <p>Mehreinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung.</p>	<p>- 5.398,14 Mill. EUR</p> <p>- 5.287,89 Mill. EUR</p> <p>+ 6.515,79 Mill. EUR</p>

#### **4. JAHRESBESTANDSRECHNUNG**

Die Jahresbestandsrechnung 2011 (JBR 2011) wurde nach den Vorschriften des Bundeshaushaltsgesetzes erstellt. Sie weist das Vermögen und die Schulden des Bundes zum 31. Dezember 2011 aus. Zugrunde gelegt ist die Gliederung gemäß § 21 und Anlage 1 RLV.

Die JBR des Bundes ist ähnlich gegliedert wie eine Unternehmensbilanz gemäß § 198 UGB. Bei den Aktiva werden das Anlagevermögen (I.), das Umlaufvermögen (II.) und die aktive Rechnungsabgrenzung (III.) ausgewiesen. Bei den Passiva werden die Rücklagen (I.), die Wertberichtigungen (II.), die Schulden (III.), die Rückstellungen (IV.) und die passive Rechnungsabgrenzung (V.) nachgewiesen.

Die Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes zum 31. Dezember 2011 gegliedert nach Vermögensarten ist in der Tabelle B.2.1 im Band 2 dargestellt. Die Tabellen B.2.3.1 und B.2.3.2 im Band 2 geben eine Übersicht über das unbewegliche (einschließlich des in Bau befindlichen) Anlagevermögen sowie über die Beteiligungen des Bundes.

Das Eigenkapital ist grundsätzlich bei den Passiva auszuweisen. Da es buchmäßig negativ ist, wird es als Kapitalausgleich (IV.) bei den Aktiva dargestellt.

##### **4.1 Aktiva**

Die Organe der Haushaltsführung erstellen den Vermögensnachweis aufgrund der in den Verrechnungsaufschreibungen zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2011 erfassten Vermögensgegenstände.

Die Vermögensgegenstände werden getrennt in Anlage- und Umlaufvermögen dargestellt. Unter das Anlagevermögen fallen jene Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd der Verwaltungstätigkeit zu dienen. Das Umlaufvermögen stellt die Vermögenswerte dar, die zum Verbrauch oder zur Veräußerung bestimmt sind. Die Unterscheidung von Umlauf- und Anlagevermögen erlangt Bedeutung vor allem im Hinblick auf die Bewertung und die Abschreibung nach den bundeseinheitlichen Richtlinien des BMF.



TZ 4

Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die einer Wertminderung durch Alter und Abnutzung unterliegen, werden je zur Hälfte ihres Anschaffungs- oder Herstellungswertes im Jahr des Zugangs und im Jahr ihres Ausscheidens abgeschrieben. Grundstücke werden generell nicht abgeschrieben, außer im Falle einer Wertminderung durch Abbau. Geringwertige Wirtschaftsgüter<sup>75</sup> oder Wirtschaftsgüter, die infolge ihrer künstlerischen oder wissenschaftlichen Bedeutung nur schwer zu bewerten sind, wurden auf Grund einer Ausnahmebestimmung im BHG von der Bewertung ausgenommen.

Die Entwicklung der Aktiva während der letzten fünf Jahre ist in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Tabelle 70: Aktiva des Bundes

Bezeichnung		2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/2011
		in Mill. EUR					in %
I.	Anlagevermögen	19.812,92	20.595,12	26.497,44	26.748,32	26.204,30	- 2,0
II.	Umlaufvermögen	52.336,50	64.254,19	53.864,62	49.941,50	50.847,39	1,8
III.	Aktive Rechnungsabgrenzung	1.184,51	2.732,01	2.097,87	1.869,79	3.083,48	64,9
		73.333,94	87.581,32	82.459,93	78.559,62	80.135,18	2,0
IV.	Kapitalausgleich	117.998,57	121.234,64	125.988,49	132.237,07	149.139,53	12,8
	<b>Summe Aktiva</b>	<b>191.332,51</b>	<b>208.815,96</b>	<b>208.448,42</b>	<b>210.796,69</b>	<b>229.274,71</b>	<b>8,8</b>

Im Jahr 2011 erhöhte sich die Summe der Aktiva ohne Kapitalausgleich im Vergleich zu 2010 um 1,576 Mrd. EUR (+ 2,0 %).

#### I. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen betrug 26,204 Mrd. EUR (2010: 26,748 Mrd. EUR) und sank gegenüber dem Vorjahr um 544,02 Mill. EUR (- 2,0 %).

<sup>75</sup> Geringwertige Wirtschaftsgüter sind jene Anlagegüter deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 400 Euro nicht übersteigen.



# BRA 2011

## Jahresbestandsrechnung

Tabelle 71: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Anlagevermögen des Bundes

Buchwertentwicklung	31.12.2010	31.12.2011	Zusammen- setzung des Anlagevermögens	Veränderung 2010/2011	
	in Mill. EUR			in %	in Mill. EUR
<b>I. Anlagevermögen</b>	<b>26.748,32</b>	<b>26.204,30</b>	<b>100,0</b>	<b>- 544,02</b>	<b>- 2,0</b>
Unbewegliche Anlagen	11.778,26	11.897,41	45,4	119,16	1,0
Bewegliche Anlagen	1.246,69	950,60	3,6	- 296,09	- 23,8
In Bau befindliche Anlagen	400,34	425,43	1,6	25,09	6,3
Vorräte des Anlagevermögens	24,52	26,08	0,1	1,56	6,4
Immaterielle Anlagen	19,86	19,13	0,1	- 0,73	- 3,7
Finanzanlagen	13.278,59	12.884,87	49,2	- 393,72	- 3,0
Anzahlungen für Anlagen	0,06	0,78	0,0	0,73	1316,0

Das Anlagevermögen bestand zu 49,2 % aus Finanzanlagen und zu 45,4 % aus unbeweglichen Anlagen. Die meisten Abgänge waren bei den „Beweglichen Anlagen“ in Höhe von 296,09 Mill. EUR und den Finanzanlagen in Höhe von 393,72 Mill. EUR zu verzeichnen.

### Unbewegliche Anlagen

Tabelle 72: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Unbewegliche Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2010	Zu- /Abgang	31.12.2011	Anteil
	in Mill. EUR			in %
<b>Unbewegliche Anlagen</b>	<b>11.778,26</b>	<b>+ 119,16</b>	<b>11.897,41</b>	<b>100,0</b>
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
1. Unbebaute Grundstücke	3.550,62	- 0,30	3.550,32	29,8
2. Bebaute Grundstücke	226,33	- 0,51	225,83	1,9
3. Grundstückseinrichtungen	6.461,26	+ 132,25	6.593,51	55,4
4. Gebäude	1.427,65	+ 10,18	1.437,83	12,1
5. Sonderanlagen	112,40	- 22,46	89,93	0,8

TZ 4

Die unbeweglichen Anlagen bestanden zu 55,4 % aus Grundstückseinrichtungen, zu 29,8 % aus unbebauten Grundstücken und zu 12,1 % aus Gebäuden. Der Rest setzte sich aus bebauten Grundstücken und Sonderanlagen zusammen.

Der Großteil ~~der~~ unbebauten Grundstücke wurde forstwirtschaftlich genutzt und von den **Bundesforsten** verwaltet (UG 42: 2,985 Mrd. EUR, 2010: 3,387 Mrd. EUR).

Die Grundstückseinrichtungen beinhalteten Straßenbauten, zu denen u.a. Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen zählen, sowie Wasser- und Kanalisationsbauten (UG 41: 6,564 Mrd. EUR, 2010: 6,433 Mrd. EUR).

Gebäude fanden sich vorwiegend im Militärischen Immobilien Management Zentrum (UG 14: 633,84 Mill. EUR, 2010: 633,84 Mill. EUR), wobei es sich größtenteils um Kasernen (2011 unverändert: 581,27 Mill. EUR) handelte, sowie bei der Burghauptmannschaft (UG 40: 607,77 Mill. EUR, 2010: 591,89 Mill. EUR), wo Kulturinstitute (589,64 Mill. EUR, 2010: 573,77 Mill. EUR) beinhaltet waren.

### Bewegliche Anlagen

Tabelle 73: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Bewegliche Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2010	Zu- /Abgang	31.12.2011	Anteil
	in Mill. EUR			in %
<b>Bewegliche Anlagen</b>	<b>1.246,69</b>	<b>- 296,09</b>	<b>950,60</b>	<b>100,0</b>
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	277,52	- 71,98	205,54	21,6
7. Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel	37,63	+ 23,73	61,36	6,5
8. Fahrzeuge und sonstige Beförderungsmittel	151,27	- 40,54	110,73	11,6
9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	780,27	- 207,30	572,97	60,3

Die beweglichen Anlagen bestanden zu 60,3 % aus Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, zu 21,6 % aus Maschinen und maschinellen Anlagen und zu 11,6 % aus Fahrzeugen und sonstigen Beförderungsmitteln. Der Rest (6,5 %) waren Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel.